

FLZ Nr. 4-2023
Jahrgang 44
Dezember 2023



ZEITUNG FÜR KOLLEGINEN UND KOLLEGEN IM SOZIAL- ERZIEHUNGS- UND BILDUNGSBEREICH



Die Forderungen der Demonstration der GEW am 20. September 2023 in Frankfurt am Main gelten der neuen Landesregierung: Die Bildungspolitik in der nächsten Legislaturperiode muss dringend neu ausgerichtet werden. Die verschiedenen Bildungsbereich haben inzwischen mit Aktionen nachgelegt. – Foto rechts: Dieser Schildhinweis bedeutet auch, nicht auf die Influencer und Berater bis hin zu BlackRock im Opernturm im Hintergrund zu hören.

Grüne raus – SPD rein – CDU führt an Wir sind die Expertinnen und Experten – ohne uns läuft nichts!

Die Landtagswahl in Hessen wurde von den WählerInnen offensichtlich für einen Vertrauensentzug in Bezug auf die Bundesregierung genutzt. Der Rechtsruck ist erheblich. Bezeichnend, dass zwar das staatliche Kreditaufnahmeverbot (vulgo Schuldenbremse) inzwischen fast nur noch von der FDP verteidigt wird, aber die einzige Partei im hessischen Landtag, die dieses Verbot 2011 mit den Gewerkschaften

bekämpft hat, aus demselben herausgewählt wurde.
Mit der SPD, die das Kultusministerium – wie zu hören ist – nicht begehrt, an der Leine der CDU und mit der AfD statt der Linken als Opposition sind wir noch mehr als bisher auf unsere eigene Kompetenz, Expertise und unsere „systemrelevante“ Bedeutung verwiesen.
Dabei können wir auf gute Erfahrungen zurückgreifen: auf die

größte Demo in der Geschichte Hessens 2003 gegen Roland Kochs Kahlschlagspolitik, auf die Flut von Belastungsanzeigen, auf den Erfolg bei A13 für Grundschullehrkräfte nach vielen Aktionen, auf den Nachweis des Lehrkräftemangels und der Unrätigkeit des Kultusministers und auf unsere Arbeitszeit- und Belastungsstudie.

Fortsetzung auf Seite 3

Uns selbst vertrauen!

Es bahnt sich eine neue Koalition im Lande Hessen an. Die SPD führt Koalitionsverhandlungen mit der CDU. Trotz des deutlichen Unterschieds bei den Wahlergebnissen wäre es eine gute Gelegenheit für die SPD, auch eigene Inhalte gerade auch im Bereich der Bildungspolitik unterzubringen, gerade hier gab es ja auch deutliche Unterschiede zur CDU. Und Veränderungen wären dringend notwendig. Um beispielsweise dem Fachkräftemangel in den Bildungseinrichtungen entgegenzuwirken, bräuchte es deutlich mehr als ein paar kleine Quereinsteigs- und Weiterbildungsprogramme: Jobs im pädagogisch-wissenschaftlichen Bereich bräuchten bessere Rahmenbedingungen. Ob es so kommen wird, ist aber ungewiss.
Um so wichtiger ist es, dass die GEW und die Kolleg*innen aus den Bildungseinrichtungen für ihre Interessen und Anliegen öffentliche wirksam eintreten! Auf die erste Gelegenheit braucht man nicht lange zu warten: Am 14. 2. 23 ist die erste Verhandlungsrunde für den Tarifvertrag

des Landes Hessen in Wiesbaden. Wer den Auftakt begleiten will ist herzlich dazu eingeladen, gemeinsam mit uns ab 13.00 Uhr vor dem Innenministerium ein erstes (Ausschuß-) Zeichen zu setzen!
Da unter keiner Landesregierung zu erwarten ist, hierbei gleich ein Ergebnis zu erzielen, wird es im Verlauf der Tarifauseinandersetzung durchaus Gelegenheit geben, dies auch noch im März fortzusetzen oder dazuzustoßen. Im März kann es durchaus zu Warnstreikaktionen kommen und auch die verarbeiteten Kolleg*innen können an Solidaritätsaktionen teilnehmen.
Auch zu weiteren Themen wie Arbeitszeiterfassung bzw. -verminderung, Befristungen, Fachkräftemangel und vieles mehr wird es die GEW und euch brauchen, um für die Beschäftigten positive Ergebnisse zu erzielen. Wir laden euch herzlich ein, mit dabei zu sein, wenn wir gemeinsam für bessere Bedingungen eintreten!
Laura Preusser
und Sebastian Guttman



Personalratswahlen im Mai 2024

Zeit für starke Personalräte!

Am 14. und 15. Mai 2024 finden die regelmäßigen Personalratswahlen in Hessen statt. An allen Schulen müssen deshalb Wahlvorstände gebildet und der Wahlvorgang begonnen werden. Dies zu leisten ist unter den Bedingungen des Schulalltags nicht immer einfach – aber es lohnt sich!

Warum einen Personalrat an der Schule wählen?

Personalräte geben auf allen Ebenen den Beschäftigten eine Stimme gegenüber der Dienststellenleitung. Sie achten darauf, dass rechtliche Vorschriften, die zu Gunsten der Beschäftigten bestehen, eingehalten werden. Sie wachen darüber, dass die Beschäftigten gleich und gerecht behandelt werden. Sie nehmen Beschwerden entgegen und wirken darauf hin, dass Missstände von der Dienststelle beseitigt werden.

Sie starten Initiativen, um Arbeitsbedingungen zu verbessern. Sie beraten und helfen ihren Kolleginnen und Kollegen bei dienstlichen Fragestellungen. In der Regel sind sie gut informiert, weil die Personalräte auf die Unterstützung und Zusammenarbeit durch ihre Gewerkschaft und ihrer Gesamtpersonalräte zählen können. Personalräte bekommen Rundmails des Gesamtpersonalrats, die ihnen die neuen Informationen, aktuellen Erlasse, Absprachen mit den Schülern, Dienstvereinbarungen etc. zeitnah zu Verfügung stellen und erläutern. Dies ist nötig, um vor Ort die Arbeitsbedingungen zu beeinflussen.

Es gibt zahlreiche Schulen, die meist kostenfrei sind oder deren Kosten von der Dienststelle übernommen werden.

Die Rechte des PR sind vielfältig und decken alle Arbeitsbereiche ab. Nicht nur bei personellen Entscheidungen wie Einstellungen, Versetzungen, Abordnungen, Besetzung von Funktions- und Beförderungstellen haben sie ein Mitbestimmungsrecht. Ebenso wichtig ist ihr Mitbestimmungsrecht bei sozialen Angelegenheiten wie zum Beispiel der Einführung von Maßnahmen, die der Hebung der Arbeitsleistung dienen oder die Arbeitsplätze umgestalten sollen. Zur Mitbestimmung gehören neben anderem auch die Felder der Ablehnung von Urlaub, Kündigungen, des Verhaltens der Beschäftigten an der Dienststelle, die Einrichtung neuer technischer Anlagen und der Arbeits- und Gesundheitsschutz. Ein Personalrat hat Mitbestimmungs-, wenn Teilzeit oder Sabbatjahre abgelehnt werden. Dazu können weitreichende Informations- und Mitwirkungsrechte, das Initiativrecht und vieles mehr. Ein Personalrat kann zu allen dieser Themen Dienstvereinbarungen abschließen, welche die Bedingungen vor Ort erheblich verbessern können.

An den öffentlichen Schulen werden an diesem Termin gleich drei Personalräte gewählt, der Örtliche (Schulische) Personalrat, der Gesamtpersonalrat Schule am Staatlichen Schulamt und der Hauptpersonalrat Schule am Hessischen Kultusministerium.

Kollegien ohne Personalrat haben eine leisere Stimme ...

Kollegien ohne Personalrat haben eine leisere Stimme, wesentlich weniger Informationen und deutlich weniger Einfluss- und Überwachungsmöglichkeiten in Bezug auf Einstellungen, Arbeitsbedingungen, Abordnungen und Versetzungen sowie andere wichtige Rahmenbedingungen. Es gibt in Schulen ohne PR keine „Beschwerdestelle“, die regu-

pädagogischen Fachkräfte am Staatlichen Schulamt Frankfurt. Immer wenn mehrere Schulen in Frankfurt von Entscheidungen des Staatlichen Schulamts betroffen sind, fällt die personalrätliche Mitbestimmung in die Zuständigkeit des Gesamtpersonalrats. Auch achtet der Gesamtpersonalrat darauf, dass Verwaltungsvorschriften und Gerichtsurteile, die zu Gunsten der Beschäftigten sind, auch umgesetzt werden. Der Gesamtpersonalrat schließt Dienstvereinbarungen zu Themen wie beispielsweise elektronische Kommunikation oder Teilzeit mit dem Staatlichen Schulamt ab.

Auch versteht sich der Gesamtpersonalrat als Unterstützung für Schulische Personalräte. Die Personalräte werden regelmäßig über die Themen in Gesamtpersonalrat informiert und auch bei aktuellen

Die Personalversammlung als Organ der gemeinsamen Willensbildung und Willensäußerung nutzen

Die Personalversammlung ist in den §§ 43 – § 46 des Hessischen Personalvertretungsgesetzes geregelt: ein Gremium zwischen Personalrat und Kollegium.

Eine Personalversammlung (PV) in der Schule bietet Lehrerinnen und Lehrern die Möglichkeit, sich über wichtige Themen auszutauschen, neue Informationen zu erhalten und gemeinsam an der Weiterentwicklung der Schule zu arbeiten. Es ist eine Gelegenheit, um über pädagogische Ansätze, Unterrichtsmaterialien, Schulprogramme und andere relevante Themen zu diskutieren. Es kann auch genutzt werden, um Herausforderungen zu besprechen und Lösungen zu finden. Es ist wichtig, dass Lehrer und Lehrerinnen diese Versammlungen aktiv nutzen, um ihre Anliegen und Ideen einzubringen und so zur Verbesserung der Schule beizutragen.

PVs finden grundsätzlich während der Arbeitszeit statt. Besondere Vorschriften bezüglich der Einberufung der Versammlung (Form, Frist) gibt es nicht. Der oder die Vorsitzende des Personalrats hat jedoch sicherzustellen, dass alle Beschäftigten rechtzeitig und unter Angabe der Tagesordnung geladen werden.

Eine PV sollte einmal pro Halbjahr abgehalten werden. Es zeigt sich als äußerst sinnvoll, im Vorfeld gemeinsam mit der Schulleitung Zeiten festzulegen, an denen eine PV während der Arbeitszeit stattfinden kann, so dass möglichst viele Kolleginnen und Kollegen an der PV teilnehmen. Die Schulleitung nimmt in der Regel nicht an der PV teil.
Diane Fehrensen (OPR)

läre, rechtlich bindende Möglichkeiten hat, Maßnahmen beantragen, initiieren, ablehnen oder durchsetzen kann, auf den Dienstweg nicht angewiesen ist und Zugriff auf ansonsten datenschutzrechtliche Informationen bekommt.

Und ja, es ist Arbeit – aber es macht auch sehr viel Sinn. Und: jeder Personalrat*in wird mit (mindestens) einer Stunde entlastet, kann nicht gegen seinen/ihren Willen abgeordnet oder versetzt werden und genießt auch sonst besonderen Schutz – und erlernt Kompetenzen! – Kurz: Stärkt euch selbst und wählt einen Personalrat!

Unterstützung bekommt ihr Personalräte bei eurem GPR (GPRS, SSA, Frankfurt@kultus.hessen.de) und in vielen Schulungen (z. B. https://akkreditierung.hessen.de/catalog – Freitextsuche „Personalräte“.

Warum Gesamtpersonalrat und Hauptpersonalrat wählen?

Der Gesamtpersonalrat Schule ist die Personalvertretung der an Schulen beschäftigten Lehrkräfte und Sozial-

Fragestellungen unterstützt. Hierzu werden auch immer wieder Personalratetreffen und Schulungen angeboten.

Der Hauptpersonalrat Schule ist der beim Hessischen Kultusministerium in Wiesbaden eingerichtet. Sein Verhandlungspartner ist der Kultusminister; der diese Aufgabe jedoch in der Regel an eine vertretungsberechtigte Person delegiert.

Der Hauptpersonalrat befasst sich mit allen Fragen, die alle Beschäftigten im hessischen Schuldienst betreffen. Er diskutiert mit der obersten Behörde beabsichtigte Erlasse, Verordnungen und Gesetze und gibt dazu Stellungnahmen ab. Es werden auch Regelungen initiiert, die hessenweit die Arbeitsituation der Beschäftigten verbessern.

Personalrätliche Beteiligungsmöglichkeiten, die an Schulen oder im Gesamtpersonalrat nicht einvernehmlich entschieden werden konnten, verhandelt der Hauptpersonalrat mit dem Kultusministerium erneut. Gegebenenfalls wird eine Einigungsstelle gebildet, die



Die Frankfurter Bezirksvorsitzenden Sebastian Guttman und Laura Preuser am 20.9.2023 auf dem Opreplatz

einen Vorschlag zur Einigung zu unterbreiten hat.

Durch die Zusammenarbeit wird Personalratsarbeit wirkungsvoll

Alle drei Ebenen der Personalratsarbeit haben ihre Berechtigung; manche Sachverhalte müssen alleine, andere konkret vor Ort erklärt und geregelt oder konkretisiert werden. Aber erst durch die Verbindung und das Zusammenwirken entfaltet sich die volle Wirkung. Kommunikation und Austausch ist hierbei wichtig und wird für die Frankfurter Belange durch den Gesamtpersonalrat koordiniert.

Warum Wahlvorstand werden? – Unterstützung durch den Gesamtwahlvorstand

Die zuvor genannten Gründe gelten damit natürlich auch für die Frage, warum menschlich sich die Mühen des Amtes eines Wahlvorstands aufheben sollte. Hinzu kommt, dass euer Tun als Wahlvorstand überhaupt erst das Recht des Kollegiums zu den drei Wahlen ermöglicht. Und auch die Schulwelt ist eine bessere mit aktivem und passivem Wahlrecht. Übrigens können bei Personalratswahlen anders als bei anderen Wahlen auch Kandidierende oder amtierende Mitglieder des Personalrats das Amt des Wahlvorstands übernehmen. Das HPVG kennt einzig die Voraussetzung, dass die Mitglieder des Wahlvorstands selbst das Wahlrecht innehaben müssen.

Der Gesamtwahlvorstand (GWV) ist primär für die Durchführung der Wahl zum Gesamtpersonalrats Schule in Frankfurt zuständig und kooperiert, auch für die Durchführung der Hauptpersonalratswahl, mit dem Hauptwahlvorstand und den örtlichen Wahlvorständen in den Schulen. Darum ist der GWV auch der Ansprechpartner bei allen offenen Fragen zu den Wahlen von GPRS und HPRS.

Auch wenn die örtlichen Wahlvorstände souverän die Durchführung der Wahl zum Schulpersonalrat verantworten, kann auch bei offenen Fragen zu dieser Wahl der Rat des GWV eingeholt werden. Bitte lest aber zuvor die Handreichungen des GWV aufmerksam durch oder schlagt im Wahlhandbuch der GEW nach (vgl. Link unten). In der Regel beantwortet euch Dirk Kretschmer als Vorsitzender des GWV eure Fragen. Seine Kapazitäten sind jedoch begrenzt, da auch er ein Kollege im aktiven Schuldienst ist.

Warum sich als Wahlvorstand fortbilden?

Wie bei allen Tätigkeiten nicht nur in Schule ist eine gute Aus- und Fortbildung auch als Wahlvorstand das A und O, um ohne den zusätzlichen Stress der Unwissenheit handeln zu können. Darum bieten wir euch am 19. Dezember und am 16. Januar jeweils eine thematisch gleiche Fortbildung an. Die Fortbildungen werden vom Kollegen Kretschmer als aktives Mitglied des Bezirksvorstands zusammen mit dem Kollegen Thomas Sachs durchgeführt, der vor Dirk ebenso als Vorsitzender der GWV jahrelang tätig war.

Das Amt des Wahlvorstands ist mit dem Recht auf eine solche Fortbildung verbunden. Der § 39 des HPVG, der für Personalräte in diesem Sinne das Recht auf Dienstbeförderung festlegt, gilt sinngemäß ebenfalls für Wahlvorstände. Unsere Schulungen werden von der Leibniz-Gesellschaft durchgeführt, der gemeinnützigen Bildungsgesellschaft der GEW Hessen. Die Kosten für die Fortbildung muss das Land übernehmen. Die Kostenabwicklung wird im Namen der Teilnehmenden von lea durchgeführt.

<https://kurzlinks.de/fobi19122023>
<https://kurzlinks.de/fobi16012024>
<https://gew-hessen-personalratswahlen.de/2024-wahlhandbuch>

Fortsetzung von Seite 1

Grüne raus – SPD rein – CDU führt an ...

„Bei den Schulen hinken wir in Hessen Lichtjahre hinterher“

All das sind gute Grundlagen, darauf mit berechtigtem Selbstbewusstsein aufzubauen. Wenn die CDU in Hessen den Kultusminister auszuwählen sollte, dann ist dies auch ein Zeichen für das Fiasco der hessischen Bildungspolitik.

Bezeichnend in diesem Zusammenhang ist der Rücktritt des Vorsitzenden des Landeselternbeirats Volkmar Heitmann und vor allem dessen Begründung. In einem Interview, das Peter Hanack mit ihm geführt hat und das in der FR vom 7.11.2023 veröffentlicht war, betont Heitmann folgende Merkmale hessischer Bildungspolitik:

- Um die Bildungsgerechtigkeit sei es schlecht bestellt. Wer das Abitur schaffe, kommt mit großer Wahrscheinlichkeit aus einer Familie, in der auch die Eltern Abitur haben und der es finanziell gutgeht.
- Die Schulabbruchquote von mehr als elf Prozent.
- Das Recht der Kinder und Jugendlichen auf Gesundheit werde bedroht. Das reiche von fehlenden Seifenpendeln oder Lüftungssystemen bis hin zu fehlenden Schulpsychologen bzw. Kinder- und Jugendpsychologen oder der unterbesetzten Schulsozialarbeit.
- Ähnliches gelte für die Inklusion.
- Und schließlich müssten Lehrpläne und Unterrichtsinhalte richtig überarbeitet werden in Richtung „mehr politischen Unterricht, mehr Einüben von demokratischer Praxis, mehr Informationstechnologie im Klassenzimmer.“

Es ist also an uns, den Beschäftigten im Bildungswesen, unsere Expertise, unsere Erfahrungen, unseren Impetus zusammen mit unseren Personalräten und der Gewerkschaft und unsere Bündnispartnern als eine Kraft einzubringen, an denen sich eine neue Landesregierung nicht mehr so einfach vorbeigeln kann.

Aus dem CDU-Wahlprogramm

„Wir wollen unseren Staat verschönern.“

Die CDU will ihre bereits unter Roland Koch intensivierte Strategie des Staatsabbaus fortsetzen:

„Wir wollen die Staatsquote insgesamt senken, dabei Ausgaben zukunftsgerichtet fokussieren, Zukunftsinvestitionen in Schulen, Verwaltungsdigitalisierung und Infrastruktur erhöhen, konsumtive Ausgaben senken und ineffiziente Subventionen abbauen.“

Aber Vorsicht: „Zukunftsinvestitionen in Schulen“ kollidiert dabei mit dem Ziel der „Senkung konsumtiver Ausgaben“, denn darunter sind die Gehälter der in Bildung Beschäftigten und ihre Arbeitsbedingungen zu verstehen. Sie werden nach herrschender Wirtschaftslehre nicht als „investiv“, sondern als konsumtiv angesehen.

Und an der „Schuldenbremse“ wird festhalten, während bei anderen Parteien die Zustimmung bröckelt.

Gleichzeitig will die Umverteilung von unten nach oben fortgesetzt:

Die Steuereinnahmen des Landes sollen noch weiter heruntergefahren werden durch Entlastung der Unternehmen, weitere Aussetzung der Vermögensteuer, und Steuererleichterung bei der Erbschaftsteuer und der Grunderwerbsteuer.

Separierendes Schulwesen

Gegen „ideologische Experimente auf dem Rücken von Kindern“: Deshalb verschiedene Schulformen statt „Zwangseinheitsschule“. So mit auch Ausbau der Förderschulen („Inklusion hat aber Grenzen“).

Das Gymnasium soll weiter gestärkt werden. Alle Realschulen sollen den Hauptschulabschluss anbieten können. Private Ersatzschulen sollen fester Bestandteil unserer Schullandschaft sein.

„Wir treten entschieden gegen Versuche ein, in der Ausbildung der Lehrkräfte fachlich begründete Unterschiede zwischen den Schulformen und Professionen einzubrennen.“

Inmitten bleibt es bei der Anhebung der Besoldung der Grundschullehrkräfte auf A13.

In allen Bereichen wird verstärkt auf Deregulierung gesetzt:

Ganztägige Angebote statt Zwang zur Ganztagschule. „Schulen, andere Bildungsinstitutionen, Vereine und Ehrenamt können einander ergänzen...“

„Gemeinsam mit den Schülern sollen mehr Senioren für die Mitarbeit im Ganztags gewonnen werden.“

Kooperationen zwischen Schulen und dem örtlichen Ehrenamt wie mit Kultur- und Sportvereinen, Jugendfeuerwehren oder Hilfsdiensten sollen angestrebt werden.

Auch beim Schulsport soll verstärkt auf die Kooperation mit den Partnern aus dem Sport gesetzt werden.

Bei den MINT-Fächern: „Gemeinsam mit den Industrie- und Wirtschaftsverbänden werden wir mit einer neuen Initiative, pensionierte Lehrkräfte und akademisches Personal aus dem naturwissenschaftlich-technischen Bereich als Quereinsteiger für den Unterricht in MINT-Fächern an Schulen gewinnen.“

Gemeinsam mit den Universitäten sollen weitere Möglichkeiten geprüft werden, „um unsere Studierenden frühzeitig in ihrer Tätigkeit an unseren Schulen zu unterstützen.“

Die Mobilität der Lehrkräfte soll durch „Rotations-Schuljahre“ erhöht werden.

Ökonomisierung der Lehrinhalte und zentrale Prüfungen

Ein Update der Lehrinhalte soll „mehr praktische Lebenskompetenzen“ in die Schule bringen

Die durchgängige berufliche Orientierung soll bereits ab der Grundschule beginnen. In der Mittelschule soll sie gestärkt, die Anzahl der Pflichtpraktika erhöht werden.

„Die schwach ausgeprägte Aktienkultur ist ein Problem für den Wohlstand und den Vermögensaufbau unserer Bevölkerung. Deshalb wollen wir künftig spätestens

Fortsetzung auf Seite 4

editorial

Feindbilderziehung – so ungefähr die größtmögliche Bildungskatastrophe!

Als erste hat Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, FDP öffentlich eine Feindbilderziehung gefordert. Sie ist seit 2017 Mitglied des Deutschen Bundestages, gegenwärtig u.a. ordentliches Mitglied des Verteidigungsausschusses, verteidigungspolitische Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion, Vorsitzende der Arbeitsgruppe Verteidigung der Fraktion; ordentliches Mitglied der Parlamentarischen Versammlung der NATO, Mitglied des Präsidiums der Wehrkreise Heer e.V., Vizepräsidentin der Deutschen Atlantischen Gesellschaft und Mitglied des Beirats der Bundesakademie für Sicherheitspolitik. Bis Ende Mai 2023 war sie auch Mitglied des Präsidiums der Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik e.V., Bonn.

Somit ist sie bestens vernetzt und mit den Interessen der Rüstungsunternehmen diesseits und jenseits des Atlantik, ihrer Lobby und den korrespondierenden politischen Gremien in Deutschland bestens vertraut.

Am 31. Mai 2022, rund einen Monat nach Beginn des Ukrainekrieges, forderte Strack-Zimmermann im Interview mit der Leiterin des RND-Hauptstadtbüros, dass die Bundeswehr neu ausgerichtet werde – mit Russland als Feindbild: „Was wir brauchen – das mag unterschiedlich klingen – Sie brauchen, um aus Sicht der Bundeswehr zu agieren, ein Feindbild.“

„Jetzt wissen wir, wie ein Feind aussehen könnte, in diesem Fall aussieht.“ – Und weiter: „Das heißt, Sie brauchen ein Bild eines möglichen Feindes, der unsere Freiheit und Demokratie besitzigen will. Und das sehen wir jetzt gerade.“ (DWN vom 31. 5. 2022)

Für die hessischen Delegierten war es Anlass, den folgenden Antrag auf dem GEW-Gewerkschaftstag vom 21.–24. Juni 2022 in Leipzig zu stellen, der auch angenommen wurde. In dem Antrag hieß es: Die GEW ist entsetzt darüber, dass im Gefolge des Ukraine-Kriegs auch bisher unstrittene Erziehungs- und Bildungsgrundsätze in Frage gestellt werden.

Wenn jetzt von Frau Strack-Zimmermann die Arbeit an Feindbildern gefordert wird, oder von der Außenministerin Annalena Baerbock, Gräe dazu zu auferlegen wird, gegen „die Kriegsmüdigkeit“ anzugehen, dann wäre das eine komplette Abkehr von dem, was wir bisher als ErzieherInnen und Lehrkräfte zu tun gehalten waren.

Dazu darf es nicht kommen! Denn das wäre das Gegenteil von dem, was die Schulgesetzte in ihrem Bildungs- und Erziehungsauftrag verankert haben.

So gibt zum Beispiel das Hessische Schulgesetz in seinem Bildungs- und Erziehungsauftrag für die Schule vor, neben der Anerkennung der Wertordnung des Grundgesetzes und der Verfassung des Landes Hessen „Menschen anderer Herkunft, Religion und Weltanschauung vorurteilsfrei zu begegnen und somit zum friedlichen Zusammenleben verschiedener Kulturen beizutragen sowie für die Gleichheit und das Lebensrecht aller Menschen einzutreten.“ (Auszug)

„Die SchülerInnen und Schüler sollen insbesondere lernen, die Fähigkeit zur Zusammenarbeit und zum sozialen Handeln zu entwickeln, Konflikte vernünftig und friedlich zu lösen, aber auch Konflikte zu ertragen, sich Informationen zu verschaffen, sich ihrer kritisch zu bedienen, um sich eine eigenständige Meinung zu bilden und sich mit den Auffassungen Anderer unvoreingenommen auseinander setzen zu können.“ (Auszug)

Dies wird in der Praxis angesichts der medialen Überblütigung ohnehin schon schwierig.

Inzwischen hat Verteidigungsminister Pistorius, SPD noch nachgelegt. Ende Oktober 2023 sagte er: „Wir brauchen einen Mentalitätswechsel in der Truppe, da ist er in vollem Gange. Das merke ich zum Beispiel, wenn wir über die Brigade Li-

Gesellschaft dafür aufstellen.“ (ZDF 29.10.2023)

Machen wir uns klar, was das bedeutet. Feindbilder bedeuten zunächst eine scheinbar einfache Antwort auf ein politisches Ereignis, weil sie seine Vorgesichte aufzecht lassen und eine komplexe Ursache-Wirkungs-Struktur dichotomisch auf einen linearen Gegensatz reduzieren.

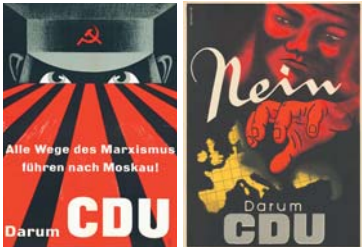
Und: Feindbilder haben eine lange Lebenszeit; sie wieder zu korrigieren, dauert i. d. R. weit- aus länger als sie aufzubauen.

Und wie schnell aus vermeintlichen Sicherheits- und „Freund-Bildern“ in unserer westlichen Wertegemeinschaft Brüche entstehen können, zeigt die erneute Kandidatur von Trump in den USA.

CDU-SPD in Hessen

Ein weiterer Problemkomplex wird uns vermutlich für die Wahlauflager der CDU-geführten Koalition mit der geschwächten SPD die nächsten fünf Jahre beschäftigen. Für diese dringenden Anliegen brauchen wir Geld, eine solide vorausschauende Bildungsplanung, den Willen zur Umkehrung der Umverteilung von unten nach oben und die Beendigung der Privilegien-Politik. Das Wahlprogramm der tonangebenden CDU bietet das Gegenteil davon.

Resignation hat allerdings noch nie etwas gebracht. Viel-



CDU-Wahlkampfpakete 1953 und 1949 © Wikicommons / Konrad-Adenauer-Stiftung

tanen sprechen. Wir brauchen ihn im BMVg (Bundesverteidigungsministerium, d. V.), da haben wir die Weichen gestellt. Wir brauchen ihn aber auch in der gesamten Gesellschaft, und wir brauchen ihn auch in der Politik. (...)

Aber, ganz wichtig, auch der Mentalitätswandel in der Gesellschaft ist richtig. Wir müssen uns wieder an den Gedanken gewöhnen, dass die Gefahr eines Krieges in Europa drohen könnte, und das heißt, wir müssen kriegerisch werden, wir müssen wehrhaft sein und die Bundeswehr und die

mehr sollten wir uns immer wieder klarmachen, dass wir die wemen- und mens-power in den Bildungsverhältnissen sind, d. h. die AKTEURE und nicht diejenigen, die eine fehlgeleitete Politik passiv hinnehmen haben. Unsere Beratungen sollten vorrangig dem Ziel dienen, wie wir diese Rolle auch selbstbewusst ausfüllen können. Immerhin geben uns Personalversammlungen und Gesamtkonferenzen demokratische Mittel an die Hand, unseren Einfluss auszuüben. Gewerkschaften und Personalräte gehören dazu. Ihre Stimmen in 2024 zu stärken lobnt sich!

Jetzt sind die Landesbeschäftigten dran!

Am 7. und 8. November haben sich die Tarifkommissionen der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes in Hessen auf Tarifforderungen zur Entgeltrunde mit dem Land Hessen verständigt. Die Einkommen sollen um 10,5 Prozent, mindestens aber um 500 Euro monatlich bei einer Laufzeit von 12 Monaten steigen. Eine kräftige Gehaltssteigerung ist nötig, weil alle Beschäftigten die steigenden Preise spüren. Schon jetzt können im öffentlichen Dienst zahlreiche Stellen nicht nachbesetzt werden. An den Schulen ist der Lehrkräftemangel überall spürbar. Mit der Forderung wollen die Landesbeschäftigten Anschluss halten an die Gehaltsentwicklung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen.

schnittlich 11,5 Prozent bei einer Laufzeit von zwei Jahren umfasst. Ab dem 1. März 2024 liegen dadurch die Tabellenwerte im kommunalen Bereich durchschnittlich fast 9,5 Prozent über den Werten der TV-Hessen-Tabelle.

Jetzt gehen die Landesbeschäftigten in Hessen – ebenso wie ihre Kolleg:innen in den anderen Bundesländern – mit der gleichen Forderung in die Länder-Tarifrunde. Für sie ist klar: Es gibt nur einen öffentlichen Dienst und die Gehälter dürfen nicht auseinanderdriften. Die Konkurrenz um Fachkräfte ist ohnehin schon groß. Hochqualifizierte neue Kolleg:innen und Kolleg:innen lassen sich nur gewinnen, wenn die Arbeit im öffentlichen Dienst insgesamt attraktiver wird. Dazu

Agenda. Denn außer in Berlin gilt für diese große Beschäftigtengruppe bislang nirgendwo ein Tarifvertrag, der ihre Gehälter und Arbeitsbedingungen fair und kollektiv regelt. In Hessen gibt es rund 12.000 studentische Hilfskräfte. Damit auch sie ihre Arbeitsbedingungen endlich auf Augenhöhe verhandeln können, haben sich viele studentische Hilfskräfte gemeinsam mit der GEW und ver.di auf den Weg gemacht.

Entfristung und Ausweitung unbefristeter Beschäftigungsverhältnisse
In den Hochschulen wollen die Gewerkschaften eine Vereinbarung erreichen, um der ausufernden Befristungspraxis etwas entgegen zu setzen. Der TV-H soll dahingehend ergänzt werden, dass die Auswei-

9a bis 16 knapp 55 Prozent und in den Entgeltgruppen 1 bis 8 rund 82 Prozent eines Monatsgehalts.

Außerdem ist das Land aufgefodert, das Tarifergebnis zeit- und wirkungsgleich auf die Beamtinnen und Beamten und die Pensionärinnen und Pensionäre des Landes Hessen zu übertragen.

Die hessische Besonderheit

Seit dem Austritt des Landes Hessen 2004 aus dem Arbeitgeberverband „Tarifgemeinschaft deutscher Länder“ (TdL) wird für die hessischen Landesbeschäftigten eigenständig verhandelt.

Das bedeutet, dass für die Beschäftigten aller anderen Bundes-



ckenen Tüchern sein.

Auch Beamtinnen und Beamte sind gefordert

Die Übertragung der Tarifergebnisse auf die Beamtinnen und Beamten sowie die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger war nicht selbstverständlich. Den Gewerkschaften gelang dies 2019 und 2021.

Angesichts der Rechtsprechung zur angemessenen Alimentati-



Friedrich-Fröbel-Schule

In den anderen Bundesländern verbündelt Gewerkschaften und Arbeitgeber bereits seit Ende Oktober. Hessen startet am 14. Februar 2024 in die Tarif- und Besoldungsrunde 2024.

Bund und Kommunen haben bereits abgeschlossen

In diesem Frühjahr haben die Kolleg:innen bei Bund und Kommunen mit der gleichen Forderung nach echten Warnstreiks und einer Schlichtung einen Tarifabschluss erkämpft, der Inflationsausgleichszahlungen in Höhe von insgesamt 3.000 Euro und eine tabellenwirksame Gehaltssteigerung von durch-

gehört auch, dass die Entgelte für Auszubildende sowie für Praktikant:innen und Praktikant:innen um 260 Euro monatlich angehoben werden.

Erwartungen an den Arbeitgeber

Der TV Stud muss her! Jetzt!

Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes werden am Verhandlungstisch neben der Lohnforderung weitere Themen ansprechen, die dringend der Lösung bedürfen. Aus GEW-Sicht steht dabei ein Tarifvertrag für studentische Hilfskräfte (TV Stud) ganz oben auf der

Agenda. Denn außer in Berlin gilt für diese große Beschäftigtengruppe bislang nirgendwo ein Tarifvertrag, der ihre Gehälter und Arbeitsbedingungen fair und kollektiv regelt. In Hessen gibt es rund 12.000 studentische Hilfskräfte. Damit auch sie ihre Arbeitsbedingungen endlich auf Augenhöhe verhandeln können, haben sich viele studentische Hilfskräfte gemeinsam mit der GEW und ver.di auf den Weg gemacht.

Jahressonderzahlung anheben

Darüber hinaus erwarten die Gewerkschaften der Tarifgemeinschaft, neben der GEW sind das die ver.di, die IG Bauern-Agrar-Umwelt und die Gewerkschaft der Polizei, die Weiterentwicklung der Jahressonderzahlung zu einem vollen 13. Monatsgehalt.

Derzeit beträgt die Jahressonderzahlung in den Entgeltgruppen

15-Punkte-Programm der GEW gegen den Lehrermangel

1. Arbeitszeitereserven heben
2. Multiprofessionelle Teams bilden
3. Mehr IT- und Verwaltungsmittel
4. Gutes Geld für gute Arbeit – Attraktivität des Lehrkräfteberufs steigern
5. Studienplätze ausbauen – Studium verbessern
6. Ausländische Abschlüsse anerkennen
7. Vorbereitungsstellen stärken
8. Bezahlung der Anwärter*innen und Referendar*innen über Mindestlohn heben
9. Gemeinsamer Kraftakt Quer- und Seiten-einstieg
10. Beschäftigte ohne Lehramt begleiten und ihnen Perspektiven bieten
11. Mentor*innen stärken
12. Schulen in schwierigem Umfeld besser ausstatten
13. Neue Wege gehen (z.B. einphasige Ausbildung, ein-phasiges duales Masterstudium für Berufliche Schulen u.ä.)
14. Kurswechsel bei der Einstellungspraxis (kontinuierliche Einstellungspraxis)
15. Verbindlichkeit sichern (Staatsvertrag zur Lehrkräfteausbildung und zur Deckung des Lehrkräftebedarfs)

länder die heiße Phase der aktuellen Tarifauseinandersetzung bereits Ende Oktober begonnen hat und schon für den 9. Dezember 2023 mit einem Ergebnis zu rechnen ist.

Dagegen starten die Verhandlungen für Hessen erst Mitte Februar 2024. Die Laufzeit des Tarifabschlusses in Hessen aus dem Jahr 2021 endet nämlich erst am 31. Januar 2024.

Die heiße Phase in Hessen startet also mit dem Auftakt der Verhandlungen in Wiesbaden am 14. Februar 2024. Die Schlussrunde ist für den 14. und 15. März 2024 vorgesehen, ein Abschluss soll möglichst vor den Osterferien in tro-

on, die in Hessen immer noch nicht vollständig umgesetzt ist, stehen die Chancen demgegenüber gut. Dies sollte allerdings für die Beamtinnen und Beamten im aktiven Dienst wie auch im Ruhestand Ansporn sein, die Beschäftigten im Tarifbereich bei ihren Aktionen nach besten Kräften zu unterstützen. Gelegenheiten bieten sich u. a. beim Auftakt der Verhandlungen am 14. Februar 2024 in Wiesbaden.

Herbert Storm mit Unterstützung von Rüdiger Bröbling, Referent für Tarif und Besoldung der GEW Hessen

Fortsetzung von Seite 3

Grüne raus – SPD rein – CDU führt an ...

tens in den Abschlussjahrgängen in allen Schulformen mindestens eine Woche für die Wissensvermittlung rund um das Themenfeld Börse und Aktien vornehmen. Wir wollen auch die Lehrmaterialien u. a. in Mathematik sowie Politik und Wirtschaft darauf untersuchen, ob das Themenfeld stärker eingearbeitet werden kann."

Mit zentralen Abschlussprüfungen in allen Bildungsgängen soll „mehr Vergleichbarkeit und Qualitätssicherung an den Schulen“ weiterentwickelt werden, ein „stärker an-

onymisiertes Korrekturverfahren“ erprobt werden.

Diagnostische Lernstandserhebungen sollen verpflichtend sein, ebenso Ziffernoten. An den „Instrumenten der Nichtversetzung, den Wiederholungen und Querversetzungen“ wird festgehalten.

Digitale Schule: Mit „digitalen Hausmeistern“ soll an jeder weiterführenden Schulen ein IT-Supporter seinen Dienstort haben. An Schulen mit über 500 SuS soll zur Entlastung der Schulleitung eine „wirtschaftliche Co-Schulleitung“ installiert werden.

Es soll eine „komplett digitale Pilotschule“ aufgebaut werden: „Der Virtual-Reality-Raum wird

das neue Computer-Zimmer jeder Schule. Kinder ab Klasse 7 sollen mit einem digitalen Endgerät ausgestattet werden.

Geschlechtergerechte Sprache: „Wir sind gegen die Verwendung der Gendersprache mit Sonderzeichen an Hessens Schulen und halten uns an die offiziellen Rechtschreibregeln, die für alle Schulen gelten und in allen Jahrgangsstufen 1 und 2 soll eine zusätzliche Deutschstunde eingeführt werden.

Zur Unterstützung des Demokratietraining soll die Studentenfibel mit einschließend Klasse 7 in allen Bildungsgängen für Klassenrat-Stunden ausgeweitet werden. Die historisch-

politische Bildung soll durch Exkursionen an entsprechende Orte gewährleistet werden.

Unter dem Stichwort FRIEDEN: „Die Ukraine muss den Krieg gewinnen.“ Deshalb für weitere Lieferungen von militärischem Gerät. „Wir stehen deshalb zur Bundeswehr.“ Die Einbindung von Jugendoffizieren der Bundeswehr in den Schulen stelle „eine ergänzende Maßnahme unterrichtlicher und außerunterrichtlicher politischer Bildung“ dar. „Dazu gehört auch die weitere Umsetzung der Kooperationsvereinbarung zwischen Bundeswehr und Hessischem Kultusministerium.“

Die CDU bekennt sich zum Rüstungsstandort Hessen. „Hessen ist eine der wichtigsten Waffenschmiedes Europas. Wir standen immer und

stehen weiter an der Seite der Rüstungsindustrie in unserem Land.“

Zur Erinnerung: In Artikel 69 der Hessischen Verfassung heißt es unmissverständlich: „Hessen bekennt sich zu Frieden, Freiheit und Völkerverständigung. Der Krieg ist geächtet. Jede Handlung, die mit der Absicht vorgenommen wird, einen Krieg vorzubereiten, ist verfassungswidrig.“

Weitere Ankündigungen: Schritte hin zu einem kostenfreien Schüler-Landeszeitung werden unterstützt.

Ein Institut für Lehrerregungsdienst soll eingerichtet werden.

Aus dem Ausschuss für Bildung und Schulbau

Die ersten zwei Berichte zu den Ausschüssen – diejenigen vor der Sommerpause – stützen sich auf die Ergebnisprotokolle der Ausschüsse. Die Themen, Bildungsneigungen und die Drucksachen-Nummern sowie ihre Behandlung (Zustimmung, Erörterung, Verlegung oder Ablehnung) sind jeweils angegeben. Nähere Informationen lassen sich dem Informationssystem der Stadt Frankfurt am Main PARLIS entnehmen. Es ist öffentlich zugänglich. (siehe Kasten)

Bericht vom 12. Juni 2023

In der Bürgerinnen- und Bürgerangelegenheiten wurden folgende Themen angesprochen: Unterstützung der Freien Träger der Kindertagesbetreuung.

Frau Schäfer und Frau Ghibri nahmen Stellung zur Situation der August-Gräser-Schule.

Herr Schultheiss, Frau Dieckmann, Frau Breitenäcker, Frau Dr. Reich, Frau Kaufmann und Frau Sabri meldeten sich zum bedarfsgerechten Ausbau von Ganztagschulen und Horten zu Wort.

Herr Pauli und Herr Roie äußerten sich zur Situation am Ratsweg und Bornheimer Hang.

Der Bericht der Dezernentin fiel aus.

Auf der Tagesordnung stand der Integrierte Bildungsplan 2030 Kindertagesbetreuung und Schule.

Der Antrag der CDU vom 29.3.2023, NR 635 (Das Drama um die Diesterwegschule endlich beenden!) wurde erneut zurückgestellt.

Der Magistratsvorlage vom 15.5.2023, M 68 (August-Gräser-Schule, Grundschule, Bau eines 3. Treppenhause) wurde zugestimmt.

Zur Kenntnis genommen wurden die folgenden Berichte des Magistrats:

— vom 24.2.2023, B 95 (Wie werden Ganztagschulen und Horte bedarfsgerecht ausgebaut?)

— vom 17.4.2023, B 164 (Julius-Leber-Schule: Gute Unterrichtsbedingungen sicherstellen!)

— vom 17.4.2023, B 165 (Günderoderschule-Dachboden ausbauen)

Bericht vom 10. Juli 2023

Bürgerinnen- und Bürgerangelegenheiten und **Bürgerrunde:** Frau Rath sprach über das Kinderzentrum 112; Frau Machauer, Frau Röhrig und Frau Bebler nahmen Stellung zur Situation vom Tagesfamilien; Herr von Trotha sprach zum Sanierungstau an der Engel-

bert-Humperdinck-Schule; Frau Schuster äußert sich zur Kursleitervertretung der VHS; Frau Baciotti-Boes sprach über den Schulbau und der Betreuungssituation im Lyoner Quartier.

Stadträtin Weber berichtete zu folgenden Themen:
— zur IGS Süd, zur Uhlandschule, der Viktor-Frankl-Schule, der Erweiterten Schülischen Betreuung an der Grundschule Harheim und der Panoramashule;
— zur Korruptionsbekämpfung und zur Neuaufgabe des Schwimmbads.

Die Beratung der CDU-Vorlage NR 635 (Das Drama um die Diesterwegschule endlich beenden!) wurde weiter zurückgestellt.

Die Vorlage NR 700 (Michael-Ende-Schule: Gute Unterrichts- und Betreuungsbedingungen) wurde dem Magistrat zur Prüfung und Berichterstattung überwiesen.

Die Magistratsberichte vom 10.3.2023, B 136 (Verbilligtes Ticket für Oberstufen- und Berufsschülerinnen und -schüler) vom 17.4.2023, B 166 (Diesterwegschule: Es sind noch viele Fragen offen) wurden zur Kenntnis genommen, ebenso der Magistratsbericht vom 28.4.2023 (B 182) zur Schulsozialarbeit.

Der Antrag des OBR 1 vom 6.6.2023, OA 364 (Falkschule endlich fertig sanieren) wurde zugestimmt, ebenso der Antrag des OBR 2 vom 12.6.2023, OA 366 (Endlich Beseitigung des Sanierungstaus an der Engelbert-Humperdinck-Schule (EHS) im Westend)

Folgenden Etatanträge der Römer-Koalition wurde zugestimmt: vom 16.6.2023, E 81 (Bau und Sanierung von Schulen und Kinder-tagesstätten forcieren)

— vom 16.06.2023, E 82 (Bildung für nachhaltige Entwicklung in Schulen und Ferien fördern – keine Einsparung bei der Umweltbildung)

— vom 16.6.2023, E 83 (Suzid/Präventionsstag des Stadtschüler*innenrates Frankfurt unterstützen)

— vom 16.6.2023, E 84 (Unterstützung TUMO Frankfurt – Digitale Kompetenzen spielerisch erlernen und erfahren für Kinder 10-18 Jahre)

— vom 16.6.2023, E 85 (Lärmschutz für die Pestalozzischule sicherstellen)

— vom 16.6.2023, E 87 (Qualität der Bildungsangebote der Volkshochschule Frankfurt sichern)

Ablehnt wurden die folgenden Etatanträge der CDU:

— E 204 (Förderschulen und inklusive Betreuung bedarfsgerecht ausbauen)

— E 205 (Mittelaufstockung des Bauunterhalts für Schulen)

— E 208 (Neubau der Sporthalle Süd und Erweiterung der Deutscherschule)

— E 209 (Krauftraum für die Carl-von-Weinberg-Schule – Eliteschule des Sports)

Ablehnt wurden die folgenden Etatanträge der Linken:

— E 301 (Konzept zur Rekommunalisierung an Schulen)

— E 306 (Honorarerhöhung der Kursleitenden der VHS)

Bericht vom 18. September 2023

Der Ausschuss begann mit Erläuterungen zu Neuerungen in der Satzung der Kindertagespflege. Die Pflegepauschale wird ab 2024 von 57,- auf 64,- Euro erhöht. Alle zwei Jahre soll überprüft werden, ob die Geldeistung noch adäquat ist.

Mosaik-, Panorama- und Viktor-Frankl-Schule

In der Bürgerinnen- und Bürgerangelegenheiten sich Florian Hartmann, Andrea Peters und Holger Schultheis zur Situation in der Mosaik-, Panorama- und der Viktor-Frankl-Schule.

Sie führten aus, dass die GESchulen aus allen Nähten platzen. Die Mosaikschule hat sowohl zu wenig Räume als auch Probleme im Bereich selbst- und fremdverletzenden Verhalten, d.h. Lehrerinnen und Lehrer wie auch Schülerinnen und Schüler gehen häufig körperlich und psychisch verletzt nach Hause. Auch an der Panoramashule sind die Räumlichkeiten zu klein; es braucht Platz!

Die Viktor-Frankl-Schule sei marode, wie eindrücklich im Ausschuss für Bildung und Integration vor den Sommerferien dargelegt wurde. Die Kollegen Schultheiss, Peters und Hartmann sind sich im Klaren, wie lange das Prozedere dauern wird und wie schwierig es ist, neue Schulbauten in Frankfurt zu bauen.

Sie boten an, in eine gründliche Planung einzusteigen und ihr spezifisches knowhow in diesen Prozess einzubringen: sie wissen, was die Schülerinnen und Schüler brauchen; für manche sei Inklusion super, für andere seien Förderschulen besser. Es gebe zu wenig qualifiziertes Personal und zu wenig und zu kleine Räumlichkeiten.

Frau Weber versicherte, dass die zukünftige Gestaltung der Viktor-Frankl-Schule für die Priorität habe. Sie nehme das Angebot gerne an, mit den sachkundigen Kolleginnen und Kollegen ins Gespräch zu kommen.



Ausschuss für Bildung und Schulbau (B)

Der Ausschuss berät und entscheidet über Angelegenheiten und Belange aus dem Bereich: Schule, Volkshochschule, Kindertagesstätten, Stadtbibliotheken, Grundstücks- und Gebäudebewirtschaftung

Er setzt sich gemäß Beschluss der Stadtvordienerversammlung vom 15. Juli 2021 aus 21 Mitgliedern zusammen: 5 GRÜNE, 5 CDU, 4 SPD, 1 LINKE, 1 FDP, 1 AfD, 1 Volt, 1 Öko-LINK-ELF, 1 BFF-BIG und 1 FRAKTION.

Alle Dokumente aus dem PARLamentsinformationssystem der Stadt Frankfurt am Main unter: <http://www.stv.frankfurt.de/parlis2/parlis.html>

Walter-Kolb-Schule

Herr Grubke, Frau Lammerding und Frau Ziemek meldeten sich in der Bürgerinnen- und Bürgerangelegenheiten zur katastrophalen Situation an der Walter-Kolb-Schule. Die Elternvertreter äußerten, dass grobe Mängel an der Dachkonstruktion dazu führen, dass circa 10-12 Räume nicht mehr nutzbar sind. Schülerinnen und Schüler und Lehrerinnen und Lehrer pendeln täglich, die Schulgemeinschaft wird auseinandergerissen. Hinzu kommt eine nur sehr eingeschränkte Nutzbarkeit der Technik. Sie forderten Transparenz über die aktuelle zeitliche und organisatorische Planung des Neubaus.

Der Personalrat der Walter-Kolb-Schule bestätigte und ergänzte die Darstellung der Eltern. Die Koll-Opermann-Schule eigne sich nicht langfristig als Alternative, da ein massiver Schimmelbefall vorliege. Schon beim ersten Einatmen bemerke man, dass dieser nicht auf die Kellerräume begrenzt sei. Es seien beschämende und unzumutbare Zustände für die ganze Schulgemeinde. Unter diesen Bedingungen seien weder Lehren noch Lernen möglich. Es müsse sofort Abhilfe geleistet werden!

Nach Kenntnis von Frau Weber sei der Schimmelbefall nur im Keller. Diese Woche finde eine Schadstoffmessung in den Klassenräumen statt. Frau Weber wollte einen zeitnahen Ortstermin in der Schule mit dem ABl vereinbaren. Sie habe ein großes Interesse, die schlechte Interimslösung schnell zu beenden.

Frau Machauer und Frau Bebler äußerten sich zum Umgang mit Tagesfamilien. Sie erklärten, dass Tagesfamilien finanziell in Vorleistung treten müssen. Ihnen erscheint die Finanzierungslösung schwierig umsetzbar, weil sie zu kompliziert ist. Sie fragten den Ausschuss, ob das nicht einfacher gehe.

Frau Schuster, Frau Roether und Herr Hoffmann sprachen über die Volkshochschule.

Frau Kimmer meldet sich zur Bebauung der Kleingartenflächen am Ratsweg.

Außerdem berichtete Frau Stadträtin Weber über die folgenden Themen:

— Eröffnung der Oberstufe der KGS Niederrad

— Missbrauchsfälle in Kindertagesstätten

— Pilotprojekt zu kostenlosen Menstruationsprodukten an Schulen.

Die folgenden Anträge der CDU wurden dem Magistrat zur Prüfung und Berichterstattung überwiesen: — vom 29.3.2023, NR 635 (Das Drama um die Diesterwegschule endlich beenden!)

— vom 26.7.2023, NR 725 (Ein „Hitzeschutz-Konzept“ für Schulen und Kitas vorlegen),

— vom 9.8.2023, NR 729 (Gute Unterrichtsbedingungen an der Walter-Kolb-Schule schaffen),

Der Antrag der CDU vom 23.8.2023, NR 745 (Die Friedrich-Fröbel-Schule endlich neu bauen) wurde bis zur nächsten turnusmäßigen Sitzung zurückgestellt.

Die Antragung des OBR 11 vom 5.9.2022, OA 222 (Keine Bebauung von Kleingartenflächen am Ratsweg und Bornheimer Hang) wurde dem Magistrat zur Prüfung und Berichterstattung überwiesen.

Der Bericht des Magistrats vom 7.8.2023, B 310 (IT-Support-Konzept für Schulen) wurde zur Kenntnis genommen.

Bericht vom 16. Oktober 2023

Friedrich Fröbel Schule endlich neu bauen

In der Bürgerinnen- und Bürgerangelegenheiten sprach zunächst Frau Akoury und Herr Kaiser zur baulichen Situation der Friedrich Fröbel Schule. →

Fortsetzung v. Seite 5

Aus dem Ausschuss für Bildung und Schulbau

Personalrat und Lehrkräfte haben bereits im März 2023 eine Überlastungsanzeige wegen baulicher Mängel gestellt, auf die keine Reaktion durch die Stadt erfolgte. Eigentlich ist die Friedrich-Fröbel-Schule als 3-zügige Grundschule angelegt, aber bereits im zweiten Jahrgang wird sie zurzeit 6-zügig mit 533 Kindern geführt. Sie ist somit die größte Grundschule in Frankfurt. Es stehen bereits 16 Container auf dem Schulhof. Die Planung ist, dass die Schule im Jahr 2028/29 sogar 9-zügig aufgestellt werden soll mit bis zu 860 Kindern. Aus dem Lyoner Quartier, das von einem Bürostandort zu einem familienfreundlichen Wohnquartier umgebaut wird, kommen bereits 22 % der Grundschulkinder, dieser prozentuale Anteil wird sich 2028/29 auf 36 % erhöhen, da es im Lyoner Quartier noch keine Grundschule gibt. Ebenso fehlt eine Kita. Es seien zwei Grundschulen vorgesehen.

Für das Kollegium der Friedrich-Fröbel-Schule und die Grundschulkinder ist die Situation an der Schule zunehmend unerträglich: neben den maroden Schulbauten, die viele Unterrichtssituationen erschweren bzw. nicht zulassen, verschärfen sich Konflikte unter den Kindern. Sie leiden unter der Enge (den aufgetanen Containern und dem ihnen dadurch nicht mehr zur Verfügung stehenden Platz auf dem Schulhof) als auch unter der Menge der Kinder auf dem eingeschränkten Platz. Zusätzlich kommt es zu gefährlichen Situationen durch den Baustellenverkehr, wenn plötzlich ein Bagger auf den Schulhof anrollt. Bemängelt wird auch die mangelnde Kommunikation, wenn erst ein Tag vor der Sperrung des halben Schulhofgeländes die Schulleitung über diese Maßnahme informiert wird.

Der Vertreter der Elternschaft aus dem Lyoner Quartier kritisiert, dass zwar 2025 eine neue Grundschule im Quartier entstehen soll, es aber keine weiteren Infos zu den konkreten Planungen gebe.

Frau Weber bestätigt, dass die Friedrich-Fröbel-Schule in keinem guten Zustand sei, es sind genügend Platz gäbe, eine Sanierung und Erweiterung geplant seien. Es ständen große Maßnahmen an. Es sollte eigentlich Entlastung für die Friedrich-Fröbel-Schule durch den Bau zweier Grundschulen im Lyoner Quartier geben. Diese seien auch bereits im Schulentwicklungsplan erfasst. Mithilfe der Grundschulstandorte wurden zwar geprüft, im Hinblick auf Belastung durch Fluglärm sei die Standortsuche aber eingeschränkt und erschwert.

Für den Bau einer ersten Grundschule mit Kita sei an ein Gelände



Kein Platz mehr in Frankfurt für die Bildungsinfrastruktur? Wie wär's mit Artikel 14 Grundgesetz: Eine Entzignung von Grund und Boden zum Wohle der Allgemeinheit?

der TSG Niederrad gedacht. Eine zweite Grundschule solle vermutlich im alten Stadtkern in der Goldsteinstraße geplant werden. Ein Neubau der Friedrich-Fröbel-Schule sei in den nächsten zwei bis drei Jahren vorgesehen, Planung und Bau seien priorisiert. Ein Problem sei der noch unklare Auslagerungsstandort für die Friedrich-Fröbel-Schule, denn es könne keine weitere Auslagerung mehr durch die weitere Aufstellung von Containern auf dem Schulhof geben. Auch die gestiegenen Schülerzahlen verschärfen die Suche nach einem geeigneten Auslagerungsstandort. Frau Weber sagt, sie sei mit den entsprechenden Ämtern in Abstimmung und biete an, mit der Schulgemeinde noch vor Jahresende bei einem Gespräch vor Ort über die Situation der Schule, aktuelle Pläne und zeitliche Planungen zu sprechen.

Machbarkeitsstudie der europäischen Schule

Frau Isen meldet sich in der Bürgerinnen- und Bürgerrunde zum Standort der Europäischen Schule. Auf Anfrage durch Vertreter und Vertreterinnen des Kleingartenvereins Riederwald e.V. bestätigt Frau Weber, dass der Neubau der europäischen Schule am Ratsweg für 2000 Schüler*innen geplant sei. Und falls die Größe nicht ausreiche, werde eine nächste Schule gebaut werden. Aktuell warte die Stadt auf die aktuellen Schülerzahlen, um in ihren Planungen mit diesen zu arbeiten. Man rechne mit bis zu 3.000 Schüler*innen.

Bürgermeister an sein Wahlversprechen erinnern

Im Rahmen der Bürgerinnen- und Bürgerrunde melden sich Frau Machauer und Frau Röhring zu Wort. Sie fordern, die von OB Mike Josef zugesagte Investition in Bildung von einer Milliarde auch für

ihre Belange zu investieren und die Degression bereits bis zum Oktober 2023 zu beseitigen, für Ausgleichszahlungen und Inflationsausgleich zu sorgen. Dabei betont die Vertreterin der Tagesmütter und -familien ausdrücklich den Austausch mit der Stadt in den vorbereitenden Gesprächen für eine neue Satzung zur Tagespflege.

Frau Weber sagt, dass die neue Satzung am 2.11. abgeschlossen sein werde und dass es in dieser Satzung keine Degression mehr gäbe. Da die Satzung erst zum neuen Jahr greife, werde über eine Sonderzahlung als Ausgleich nachgedacht.

Kinder konsequent und wirkungsvoll vor Missbrauch schützen

Den Antrag der CDU kontert Frau Weber, indem sie Zahlen nennt: bei 900 Einrichtungen und ca. 57.199 Kindern sei es zu neun Fällen des Missbrauchs gekommen. Sie betont, dass dies neun Fälle zu viel seien. Aber die Stadt Frankfurt hat seit Jahren ein Kinderschutzprogramm, die Frankfurter Richtlinie, etabliert (nach SGB 8 vorgegeben), die aktuell ämterübergreifend überarbeitet wird (alle Träger sind im Beteiligungsprozess). Dieses Programm setzt auf Fortbildungen der multiperspektivischen Teams und der Kolleg*innen. Es beginnt bereits mit der Ausbildung. Alle Träger sind im Beteiligungsprozess. Bei jedem Träger werden Kinderschutzfachkräfte, die eine Ersteinschätzung vornehmen, fortgebildet. Insgesamt fanden ca. 11.000 Fortbildungen statt.

Frau Weber ergänzt, dass es ein sehr hohes Niveau des Kinderschutzes in Frankfurt gebe. Die Träger haben ihre eigenen Schutzkonzepte, die auf den Richtlinien aufbauen. Das Stadtschulamt agiert als Träger der Jugendhilfe der Stadt Frankfurt. Und ist somit für den institutionellen Kinderschutz zuständig. Für den Kinderschutz im pri-

vaten, häuslichen, familiären Umfeld ist das Jugendamt zuständig.

Das Thema Missbrauch wird regelmäßig evaluiert. Jeder Hinweis wird ernst genommen, und jedem Verdachtsfall wird nachgegangen.

Erweiterung des IT-Support-konzeptes

Frau Hartenstein und Herr Yovanovsky legen ihre Erfahrungen zur Situation der IT an Schulen dar.

Die Vertretung des Schulleiterbeirates (SEB) fragt, ob die Schulen jemals danach gefragt wurden, was sie an IT wünschen und brauchen. Die Elternvertretung hat eine Umfrage unter den Schulleitungen durchgeführt, die zu dem Ergebnis kam, dass dringend sog. „digitale Hausmeister“, IT-Facility-Manager gebraucht würden.

Der SEB hinterfragt die im IT-Supportkonzept genannte Summe von 1,5 Mio. Euro (Modul 1), um die Servicezeiten für den Support auszuweiten. Im Modul 2 stehen zur Zeit ... für den ersten „First Level-Support“, zur Verfügung. Wobei einmal bleibt, welche Service damit einhergeht. Ersatzgeräte und teile müssen die Schulen weiterhin aus ihrem Schulbudget stemmen. Im Modul 4 würden die IT-Schulmanager* angesprochen. Für 169 Schulen sei es 15 Kräfte für den ad-hoc-Support geben. Bei sechs Bildungsregionen wären das 2,5 Stellen für 11-12 Schulen.

Im Modul 5 soll das Medienzentrum, das zuständig ist für 169 Schulen, zwei Stellen finanziert bekommen, was als nicht ausreichend angesehen wird.

Der SEB erwähnt, dass jetzt vor Ort an den Schulen die IT-Beauftragten, dafür zuständige Lehrkräfte, vielleicht drei Stunden Entlastung bekommen, was so nicht bleiben könne.

Frau Weber sagt, dass Modul 4 und 5 nur unter dem Vorbehalt der Finanzierung durch das Land erfolgen könne, dass die CDU erkennen habe, dass Handlungsbedarf bestehe und der Digitalpakt 2.0 beschlossen sei. Fraglich sei, wann er umgesetzt werde. Die Kosten seien nicht dauerhaft gesichert, die Zusammenarbeit zwischen Land und den Kommunen laufe katastrophal.

Die Schülerversammlung der Walter-Kolb-Schule ergänzt, dass die Schule zusätzlich zu ihren maroden Zustand keinerlei digitale Ausstattung habe, auch keine Beamer. Die Schüler*innen der Abschlussklassen fühlen sich benachteiligt, da sie noch nicht einmal vor Ort für ihre Präsentationsprüfungen arbeiten könnten, von der erwartet werde, dass sie mit digitalen Medien erfolge. Es gebe keine digitale

Grundausstattung. Frau Weber sagt zu, über den „kleinen Dienstweg“ für eine schnelle digitale Ausstattung zu sorgen.

Frankfurter Schule für Bekleidung und Mode endlich sanieren

Dazu meldet sich zunächst Frau Reich. Die Schulleitung sagt, dass für die anstehende Kernsanierung immer wieder neue Bohrungen im Gebäude vorgenommen werden. Es gebe bisher noch kein abschließendes Gutachten zur Sanierung. Die Schule hat bereits drei Dependancen, die nicht nahe beieinanderliegen. Die schulische Arbeit wird dadurch erschwert.

Frau Weber sagt, dass der Zwischenbericht noch nicht abgeschlossen sei. Die Schule müsse brandgeschützlich auf den neuesten Stand gebracht werden; die Tragfähigkeit der Decken der Stockwerke werde geprüft. Zusätzlich sei ein Befall mit Legionellen festgestellt worden. Es erfolge die Suche nach einem weiteren Interim-Standort, um die Schule aus dem Länderversauzulegen. Das Gebäude muss kernsaniert werden. Die Schule hat bereits drei Dependancen.

Stadträtin Weber berichtete über folgende Themen:

- Entwicklung eines Bildungscampus der Philipp-Holzmann-Schule — Erwerb eines Grundstücks für die Karl-von-Ibell-Schule
- Kinderzentrum Rohmerplatz
- Spenden für die Initiative „Frankfurt für Ukraine“

Die Vorlage NR 745 der CDU (Die Friedrich-Fröbel-Schule endlich neu bauen) wurde dem Magistrat zur Prüfung und Berichterstattung überwiesen.

Der Antrag der LINKE. vom 18. 9. 2023, NR 753 (Alternative Standorte für Europäische Schule prüfen) wurde abgelehnt.

Die Beratung der Vorlage M 164 (Erweiterung des IT-Supportkonzeptes für die Frankfurter Schulen) wurde bis zur nächsten turnusmäßigen Sitzung zurückgestellt.

Der Vorlage M 165 (Sanierung und Erweiterung der künftigen Außenstelle der Julius-Leber-Schule) wurde in der vorgelegten Fassung zugestimmt.

Zur Kenntnis genommen wurden die Berichte des Magistrats — vom 14. 7. 2023, B 297 (Frankfurter Schule für Bekleidung und Mode endlich sanieren), — vom 7. 8. 2023, B 311 (Schulen im Baugbiet „Nordwestlich auf der Steinernen Straße“) — vom 28. 8. 2023, B 329 (Wie geht es weiter mit der Fürstenberger Realschule und dem Elisabethengymnasium?)

Christina Avellini/Ingeborg Ulrich

Die teuersten Gymnasien der Republik

Bericht zum neuen Mietkaufmodell für zwei neue Gymnasien in Frankfurt am Main, das – solange das Ankaufrecht nicht ausgeübt wird – alle schlechten Eigenschaften eines PPP-Modells aufweist



Donnerstag, der 2. November 2023 könnte als ein denkwürdiger Tag in die Geschichte der Schulentwicklung in Frankfurt am Main eingehen. Denn an diesem Tag beschloss das Stadtparlament die teuersten Gymnasien der Bundesrepublik. Trotzdem stimmte nicht nur die Koalition aus Grünen, SPD, FDP und VOLT für diesen Deal, sondern auch – wenn auch schweren Herzens – die Linke. Und das alles gegen die dringende Empfehlung des städtischen Revisionsamts und die Kritik der GEW.

Die Begleitumstände dieses Deals verweisen auf die zahlreichen Widersprüche unseres Wirtschaftssystems und unseres politischen Systems. Sie sollten sorgfältig studiert und zugunsten des Gemeinwohls angegangen werden.

Einen Tag vor der Sitzung des Stadtparlaments berichteten Frankfurter Zeitungen von einem zur Beschlussfassung vorliegenden Magistratsantrag, der aber in dem vertraulichen Teil der Sitzung, also unter Ausschluss der Öffentlichkeit besprochen werden sollte. Dementsprechend war der Antrag auch als vertraulich eingestuft und der Öffentlichkeit und der öffentlichen Kritik entzogen, auch der zuständigen Gewerkschaft GEW. Einzig die Presse schien bessere Zugänge zu haben, denn ihr lag nach eigener Aussage immerhin der Bericht des Revisionsamts vor, der dringend vor der Verabschiedung dieses Vertragsmodells warnte.

Die GEW reagierte mit einer Presseerklärung, in der sie das undemokratische, weil intransparente Verfahren und das 30-jährige Mietmodell für zwei neue Gymnasien mit überhöhten Preisen und einem vagen Ankaufrecht scharf kritisierte und diese Kritik auch den Fraktionen im Frankfurter Römer zu kommen ließ.

Auch andere kritisierten das Verfahren, darunter auch die Linke, sodass nach einem Antrag der BFF schließlich der Ältestenausschuss des Parlaments sozusagen „5 vor 12“, also kurz vor Beginn der Sitzung des Stadtparlaments, die Aufhebung der Vertraulichkeit beschloss, die Abstimmung in die reguläre Tagesordnung schob und die Magistratsvorlage M 186 in das öffentlich zugängliche „Paris“-Informationssystem stellte.

Erst jetzt konnten (bis auf die Anlagen, die weiterhin vertraulich sind) die wichtigsten Daten des Deals studiert und ausgewertet werden. Das Bild, das sich daraus ergibt, zeigt der Kasten.

Das heißt: bis Ende 2026 wird die Stadt für den (Um)Bau zweier Gymnasien samt Grundstücken rund 350 Mio Euro ausgegeben haben. Das wären 175 Mio Euro pro Gymnasium. Das stellt wirklich alles bisherige in den Schatten.

Profitieren wird der kuwaitische Investitor **→ Kamco Invest Group Kuwait** über mehrere verschachtelte Firmen:

Der Mietvertrag wird geschlossen zwischen der Stadt und **→ AS-**

BERGIA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft GmbH & Co KG.

Diese wird vertreten durch deren **persönlich haftende Gesellschafterin: → Asbergia GmbH.** Diese GmbH wird wiederum vertreten durch **→ Cells Property Investors GmbH** (Geschäftsführer: Dirk Kupfert und Mohammad A Lothman).

Und diese gehört zu: **Kamco Invest Group Kuwait.**

So weit lässt sich der Vertrag, dem der Vernehmer nach bereits unterschrieben und nach Beschluss des Stadtparlaments rechtskräftig

Miete	
Für 2024: 80 Tsd 525 x 5,5 =	0,443 Mio Euro
Für 2025: 611 Tsd 520 x 6 = 3,669 Mio + 0,966 Mio =	4,635 Mio Euro
Für 2026: 399 Tsd 092 x 7 = 2,794 Mio Euro + 4,635 Mio Euro =	7,43 Mio Euro

Mietkosten bis Ende 2026	12,5 Mio Euro
+ Nebenkosten bis Ende 2026	10,36 Mio Euro
Summe	23 Mio Euro

Bis spätestens 31.1.2027 muss das Ankaufrecht ausgeübt werden, dann werden 25 x 13,1 Mio Euro = **327 Mio Euro** fällig (laut FR vom 26.9.2023 lag der Angebotspreis beim Kauf 2022 bei rund 160 Mio. Euro)

Summe	350 Mio Euro
--------------	---------------------



geworden ist, aufgrund des Magistratsantrags rekonstruieren. Der Revisionsbericht und die Anlagen zum beschlossenen Magistratsantrag sind uns nicht bekannt.

Die erste Durchsicht bestätigt die geäußerten Vorbehalte: ein übersteuertes Finanzprodukt, wie es ja auch das Revisionsamt sieht.

Denn wenn das Ankaufrecht nicht ausgeübt würde, wäre die Laufzeit des Mietvertrags 30 Jahre und würde die Stadt weit über 460 Mio. Euro an Miete Kosten, da

die Miete auch noch inflationsindiziert ist, also weiter ansteigt.

Weitere Ungereimtheiten, die sich als Fragen stellen

■ Weshalb räumt man der **Kamco Invest Group** bzw. ihren Tochtergesellschaften (**Cells Property Investors** und **Asbergia GmbH** und **Asbergia GmbH & Co KG**) eine Rendite von 104 % ein?

Denn es soll ja bei Wahrnehmung des Ankaufsrechts die 25-fache Nettomiete bezahlt werden (25 x 13,1 Mio. Euro), was zu einem Kaufpreis von 327 Mio. Euro führt. Im letzten Jahr wurde das Gebäude aber nach Presseberichten von einer Commerzbank-Tochter an die Kamco Invest Group für lediglich 160 Mio. Euro verkauft.

■ Weshalb kauft die Stadt das Bürogebäude nicht sofort bzw. sobald der Mietvertrag mit der Commerzbank beendet ist? Denn dann bräuchte sie die Umbaumaßnahmen

käuferseite aussieht, wenn die Gesellschaftspartner Gesellschaften mit beschränkter Haftung sind!

■ Es ist in der M 186 auch von „share deal“-Verkäufen die Rede. Dieses Finanzmodell dient i. d. R. dazu, die Grunderwerbsteuer zu sparen. Für eine Kommune wäre solches nicht gerade ein Vorzeigemodell.

Angesichts dieser Risiken stellt sich die Frage, weshalb eine Stadtregieung sehenden Auges solche eingehen will. Und nebenbei stellt sich auch die Frage, weshalb die Verwendung des Begriffs **Private-Public-Partnership (PPP)** so vehement geschweht wird.

In spätestens drei Jahren gehören die Schulen der Stadt...

Die Antwort heißt: Spätestens in drei Jahren gehört das Grundstück samt Schulen der Stadt und wird öffentlichen Gut. Und: in kurzer Zeit können zwei neue Schulen bezogen werden, Schulen, die in Frankfurt ein knappes Gut sind.

Dann, und nur dann würde auch die Kritik an der überlangen Laufzeit des Vertrags fallen.

Damit steht das Risiko im Raum, dass das Ankaufrecht nicht innerhalb dieser drei Jahre auch ausgeübt wird. Denn 327 Millionen Euro sind keine geringe Summe.

Dazu muss man wissen, dass der bereits beschlossene Stadthaushalt zum Redaktionsschluss dieser FLZ noch nicht vom Innenministerium genehmigt worden ist, obwohl er bereits Kürzungen in diversen Haushaltsstellen aufweist.

Man muss auch wissen, dass sich die verschiedenen Koalitionen im Römer seit 2007 weigern, den Gewerbesteuerhebesatz wieder auf das Niveau davor zurückzuführen oder wenigstens anzuhaken. Diese Weigerung führt zu jährlichen Mindereinnahmen von über 100 Mio. Euro pro Jahr, hat die Stadt also bereits fast 2 Milliarden Euro an Einnahmeverzicht gekostet.

Man muss auch wissen, dass für das im Klinikverbot Varisano befindliche Krankenhaus Höchst vor kurzem 47 Mio. Euro und für 2024 weitere 90 Mio. Euro an Mitteln zur Verhinderung einer Insolvenz aufgebracht werden müssen.

Wenn es also noch nicht oder nicht schnellstens einen Beschluss darüber gibt, das Ankaufrecht durch die Stadt auch auszuüben, und wenn dieser Beschluss nicht baldmöglichst in die Tat umgesetzt wird, droht dies durchaus plausible Rechtfertigung für einen unstrittenen Beschluss in den Kommunal-

wahlkampf 2026 zu geraten. Denn im März 2026 finden die nächsten Kommunalwahlen statt. Damit sind neue Mehrheiten möglich.

Das Beispiel mit dem Rückkaufrecht des Landes Hessen für die von Roland Kochs CDU privatisierte Uni-Klinik Gießen-Marburg zeigt, wie selbst die Grünen in der Koalition mit der CDU es nicht vermochten (vielleicht auch nicht wollten), diese Chance der Rückführung der Uni-Klinik in öffentliches Eigentum zu nutzen. Gründe gibt es immer.

Grund und Boden sind nicht vermerbar und gehören deshalb in die öffentliche Hand

Und noch eins zeigt dieser Deal: die Brisanz eines privaten Grundstücksmarkts unter der Regie von Immobilienpekulanten. Kaum ein Markt ist intransparenter als dieser. Das hat zuletzt eine Studie der Rosa-Luxemburg-Stiftung gezeigt. Die Fehler von Grundstücksverkäufen in der Vergangenheit haben zu dem heutigen Problem erheblich beigetragen, dass die Stadt zwar mittlerweile in der Lage ist, viele neue Schulen zu planen und sogar sie zu finanzieren, aber keine Grundstücke hat, auf die sie gestellt werden können, ohne in überbeurteilte Mietverträge einzusteigen.

Damit stellt sich die Forderung nach Entgeltung für das Gemeinwohl gemäß Artikel 15 Grundgesetz umso dringlicher. Was für Autobahnzwecke, den Kohletagebau und die Deutsche Bahn AG selbstverständlich ist, nämlich regelmäßig Entgeltungen für entsprechende Investitionen vorzunehmen, sollte längst auch für die Schulinfrastruktur gelten!

Bei Bürolerand in Frankfurt am Main müsste darüber zunächst eine öffentliche Auseinandersetzung geführt werden. Bekanntlich ist die Grundstückspekulation ein besonders unpopulärer Auswuchs unseres Wirtschaftssystems.

Und schließlich sollten Finanzierungsmodelle wie dieses und andere PPP-Modelle, welche aufgrund privatrechtlicher Rücksichtnahme demokratenfeindlich sind, nicht weiter praktiziert werden. Denn sie schließen Gewerkschaften, Schülervereine, Elternbeiräte oder andere kritische Menschen oder Organisationen aus Diskussionsprozessen aus.

Herbert Stron



GEW-Mitglieder im Gesamtpersonalrat Schule

Name	Schule	e-Mail Adresse
Christina Avellini	Adornogymnasium	christina.avellini@gew-frankfurt.de
Meike Bär	Friedrich-Dessauer-Gymnasium	meike.baer@gew-frankfurt.de
Lea Brückner	Berkerheimer Grundschule	lea.brueckner@gew-frankfurt.de
Heidi Francisczok	Elsa-Brändström-Schule	heidi.francisczok@gew-frankfurt.de
Bine Friedrich	Panoramashule	bine.friedrich@gew-frankfurt.de
Daniel Gnida	Friedrich-Dessauer-Gymnasium	daniel.gnida@gew-frankfurt.de
Enis Güleğen	Philipp-Holzmann-Schule	enis.guelegen@gew-frankfurt.de
Sebastian Guttmann	BFZ Frankfurt-West	sebastian.guttmann@gew-frankfurt.de
Susanne Hüttig	Stauffenbergschule	susanne.huettig@gew-frankfurt.de
Dirk Kretschmer	Max-Beckmann-Schule	dirk.kretschmer@gew-frankfurt.de
Heide Krodell-Johne	Viktor-Frankl-Schule	heide.krodell-johne@gew-frankfurt.de
Zahreen Mahmood	Walter-Kolb-Schule	zahreen.mahmood@gew-frankfurt.de
Frauke Matthes	Gymnaschule	frauke.matthes@gew-frankfurt.de
Laura Preusker	Münzenbergerschule	laura.preusker@gew-frankfurt.de
Ingeborg Ulrich	Schule am Ried	ingeborg.ulrich@gew-frankfurt.de
Katja Weber	Ernst-Reuter-Schule II	katja.weber@gew-frankfurt.de
Henrich Zorko	Ernst-Reuter-Schule II	henrich.zorko@gew-frankfurt.de
Gesamtpersonalratsbüro	gesamtpersonalrat@kultus.hessen.de oder 069-38989185 Stuttgarter Straße 18-24, 60329 Frankfurt	
Zuständigkeiten		
Vorsitzendenteam	Meike Bär und Sebastian Guttmann	
Arbeits- und Gesundheitsschutz	Meike Bär und Heide Krodell-Johne	Fragen von Tarifbeschäftigten
		Bine Friedrich und Heide Krodell-Johne
Beratung bei länderübergreifenden und hessenweiten Versetzungen		
<i>Berufliche Schulen:</i>	Susanne Hüttig	<i>Grundschulen:</i> Heidi Francisczok und Laura Preusker
<i>Gesamtschulen:</i>	Katja Weber	<i>Gymnasien:</i> Christina Avellini
<i>Haupt- u. Realschulen:</i>	Katja Weber	<i>Sonderpädagogik:</i> Sebastian Guttmann

Impressum info@gew-frankfurt.de

FLZ vorm. Frankfurter Lehrerzeitung
Herausgeber Bezirksverband Frankfurt a. M. der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB, Bleichstraße 38a, 60313 Frankfurt, Tel.: 069 – 29 18 18, Fax: 069 – 29 18 19; E-mail: info@gew-frankfurt.de
Bürozeiten Geschäftsstelle des Bezirksverbandes: dienstags und mittwochs 13 bis 17 Uhr, donnerstags 14 bis 18 Uhr
Vorstandsteam Sebastian Guttmann, Laura Preusker
FLZ-Team Jessica Peters, Herbert Storn

Rechtsberatung Heide Krodell-Johne, Daniel Gnida, Thomas Sachs, montags 15.30–17.30 Uhr, Tel.: 069 – 13 37 78 71, in den Ferien findet keine Rechtsberatung statt.
Satz & Layout Karin Dienst, Christian Häußler
Druck ORD – Oberbessische Rollen-Druck GmbH
Auflage ca. 5.000
Ercheinungsweise 4 bis 5 mal jährlich
Fotos wenn nicht anders angegeben: FLZ

Der Bezugspreis ist durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.
Redaktioneller Hinweis: Die Redaktion freut sich über Zuschriften – möglichst als formatierte Word-Datei. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Sie behält sich das Recht der Kürzung vor.
 Wir danken allen Karikaturisten, Fotografen und Autoren der Bild- und Textmaterialien für die freundliche Überlassung.
 Redaktionsschluss Nr. 1-24: *siehe homepage*

Nachrichten aus dem

Erreichbarkeit des Gesamtpersonalrats Schule

Schon seit einiger Zeit ist die offizielle Mailadresse des Gesamtpersonalrats Schule Frankfurt GPRS, SSA.Frankfurt@kultus.hessen.de. Wir bitten darum, nur noch diese Adresse zu benutzen. Mail an die alte Gesamtpersonalratsadresse werden nicht weitergeleitet.

Versetzungen

Versetzungen sollen jetzt elektronisch über das „allseits beliebte“ NZÜK-Portal beantragt werden. Große Schwierigkeiten bis hin zum Scheitern an diesem nicht benutzerfreundlichen und fehleranfälligen Programm sind voraussehbar. Wir haben deshalb die Verabreichung mit dem SSA getroffen, das kein Antrag unbearbeitet bleibt. Es können auch Anträge in Papierform gestellt werden, wenn die Eingabe über NZÜK nicht gelingt.

Weiter sind unklar: Wie erfolgt bei dem elektronischen Verfahren die Stellungnahme des PR und dessen Mitwirkung? Wie kann man sehen, was wirklich erfasst wurde?

Darüber verhandeln wir intensiv mit dem SSA. Es scheint (laut erster Probanden) so zu sein, dass man ausführliche Begründungen und anderes Material mit dem Versetzungsantrag hochladen kann. Deshalb: frühzeitig kümmern!

Wichtig: Wenn Versetzungsanträge gestellt werden, bekommen wir NICHT automatisch die ausführliche Begründung (sofern eine beigelegt wurde). Weil wir die Kolleg*innen in den Versetzungskommissionen vertreten, brauchen wir diese Begründungen (Adresse: GPRS, SSA.Frankfurt@kultus.hessen.de).

Die Antragsfrist ist der 31.1.2024. Wir räten zu früherer Antragsstellung (nicht zuletzt wegen Rückfragemöglichkeiten). Der schulische Personalrat sollte also mindestens zwei Wochen vor der Frist informiert werden.

Handreichungen für Abordnungen vom Gymnasium an die Grundschule

Wie schon bisher berichtet, ergeben sich viele Schwierigkeiten für Gymnasiallehrkräfte, die mit einem Teil ihrer Stunden an Grundschulen abgeordnet werden. Manches hiervon wird im Rahmen der Teildienstvereinbarung geregelt (s. u.). Andere Probleme, die sich im Alltag ergeben, wurden auf Versammlungen mit den betroffenen Lehrkräften und Schulleitungen erörtert. Inzwischen wurde im Rahmen einer Arbeitsgruppe auch eine Broschüre entwickelt, die vom SSA an die Schulleitungen und von uns an die schulischen Personalräte verschickt wurde. Hier finden sich einige Beispiele für Erleichterungen im Schullafte, wo dies möglich ist.

Ganztag

Der Rechtsanspruch auf Ganztag tritt zum 1.8.2026 in Kraft, und die Stadt/Frankfurt bereitet sich darauf vor. Ab diesem Zeitpunkt sollen alle Kinder der Schule ein Ganztagsangebot am Schulbezirk (inkl. Horre) und damit eine Zeit- und Angebots-

struktur von 7:30 Uhr bis 17 Uhr erhalten. Ganztagschulen können in teilgebundenen und in gebundener Form organisiert werden. Die Entscheidung darüber trifft die Schulkonferenz nach vorheriger Anhörung der Gesamtkonferenz.

Die ersten Grundschulen bereiten die Antragstellung für den „Pakt für den Ganztag“ und ihre Konzepte vor. Staatliches Schulanter und Stadtschulamt begleiten diesen Prozess und bieten Informationsveranstaltungen an. Diese werden in Zukunft gemeinsam mit den örtlichen Personalräten angeboten, um das Kollegium vor Ort während des Prozesses so gut wie möglich begleiten und beraten zu können.

Für uns Lehrkräfte bedeutet der Ganztag allerdings nicht, dass wir mehr arbeiten müssen als unser Deputat. Die Arbeitsbelastung ist jedoch jetzt schon so hoch, dass der GPRS den schulischen Personalräten dringend empfiehlt, darauf zu achten, dass eine interne Dienstvereinbarung getroffen wird, welche die Wünsche und Bedürfnisse aller Lehrkräfte für ihren Einsatz im Ganztag berücksichtigt.

Pädagogische Tage

Es verbreitet sich wieder das Gerücht, pädagogische Tage, bei denen Unterricht ausfällt, dürften nur noch zu Digitalisierungsfragen abgehalten werden. Das ergibt sich NICHT aus dem dazugehörigen Erlass (Amtsblatt September 2022). Außerdem müssen pädagogische Tage auch nur beim staatlichen Schulanter angezeigt und nicht geprüft und genehmigt werden, was uns die Amtsleitung in der Gemeinsamen Sitzung noch einmal bestätigt hat. Es ist nach wie vor möglich (und nicht nur) in hoch belasteten Schulen auch sinnvoll, pädagogische Tage zu Themen wie beispielsweise Lehrkräftesundheit, herausforderndem Verhalten von Schüler*innen oder anderen Fragen abzuhalten.

Dienstvereinbarung Teilzeit

Der GPRS und das SSA haben zum Thema Teilzeit eine Dienstvereinbarung getroffen. Die Lektüre ist (nicht nur) für Teilzeitlehrkräfte höchst interessant. Die Dienstvereinbarung wurde vom SSA an die Schulleitungen versandt. Wir haben sie an die Personalräte geschickt und so (hoffentlich) sichergestellt, dass sie an alle Lehrkräfte weitergeleitet wird. Die Dienstvereinbarung Teilzeit findet man auch auf der Seite des SSA unter „Zuständigkeiten“ -> Gesamtpersonalrat -> Frankfurt -> weitere Informationen: https://schulamter.hessen.de/sites/schulamter.hessen.de/files/2023-04/dienstvereinbarung_teilzeit_0.pdf

Die wichtigsten Punkte sind:
 — Erweiterung der Personalgruppen, die als Teilzeitlehrkräfte gelten
 — Aufführung der teilbaren Dienstpflichten
 — Verpflichtung zu Gesprächen über den Ausgleich planbarer Mehrarbeit vor allen bei Studien- und Klassenfahrten

Gesamtpersonalrat

Verweis auf die Teilbarkeit von Beförderungs- und Funktionsstellen
Die Umsetzung dieser neuen Dienstvereinbarung an den Schulen ist eine große Aufgabe und wird hoffentlich in tragfähige Teilzeitskonzepte münden. *Praktischer Hinweis:* Die Formulare, um die Bezahlung von Mehrarbeit (z. B. durch die Teilnahme einer Teilzeitskraft an einer Klassenfahrt) zu beantragen, finden sich (noch) nicht auf der Homepage des Schulamts Frankfurt. Der GPRS hat sie deshalb noch einmal an alle Schulpersonalräte versandt.

Entgeltordnung für Lehrkräfte und sozialpädagogische Fachkräfte: Verlängerung der Antragsfrist
Inzwischen wurde auch die A13-Besoldung für verbeamtete Grundschullehrkräfte mit parallelem Verlauf in die Entgeltordnung für Lehrkräfte und unterstützendes Personal übertragen. Allerdings muss auch diese Überleitung beantragt werden und es ist sinnvoll, sich hinsichtlich der zu erwartenden Veränderung beraten zu lassen (die GEW bietet dies

kostenfrei für ihre Mitglieder an). Um dies möglich zu machen, wird für alle die ursprüngliche Antragsfrist 31.7.2023 bis zum 31.5.2024 verlängert.

Anfragen und Anträge können mit dem alten Formular gestellt werden, auch wenn hierin die alte Antragsfrist genannt wird. Bitte nicht bis zum letzten Tag mit der Antragstellung warten!

Wichtig: Auch bei einer positiv beantworteten Anfrage muss im Anschluss zusätzlich ein Antrag auf Höhergruppierung gestellt werden, damit diese auch vollzogen wird!

Anrechnung von Vorerfahrungen bei Angestellten

An den Frankfurter Schulen wird dringend Personal gesucht. Hierfür werden häufig TVH-Verträge abgeschlossen, damit die Unterrichtsversorgung gewährleistet werden kann. Schon seit längerem verhandeln wir mit dem STA über die Anerkennung von Vorerfahrungszeiten, für die es ja im Fall von akuten Fachkräftemangel einen deut-

lich größeren Ermessensspielraum für das SSA gibt.

Sommerferienbezahlung bei befristeten Verträgen

Der neue Erlass hat erfreulicherweise dazu geführt, dass viele befristet beschäftigte Kolleg*innen verdientermaßen die Sommerferien bezahlt bekommen haben. Leider gibt es aber auch noch Verträge, bei denen dies nicht erfolgt ist. Unserer Auffassung nach haben alle befristet beschäftigten Kolleg*innen die Sommerferienbezahlung verdient, da die unterrichtsfreie Zeit in den Sommerferien ja zum Gesamtschuljahr gehören und sowohl für den Erholungsurlaub als auch für vor- und nachbereitende Tätigkeiten genutzt wird (werden muss). Wir werden uns dafür einsetzen, dass im nächsten Jahr für noch mehr Kolleg*innen die Sommerferien bezahlt werden.

ARBEITSSCHUTZ

Schulen, die stark von Lärm, Hitze, Kälte, Schadstoffen und baulichen Problemen belastet sind, können

sich beim Arbeitsschutzausschuss melden, wenn das Problem bereits länger besteht oder gemeldet, aber noch nicht behoben ist. Bitte einen stichtpunktartigen Bericht an GPRS.SSA.Frankfurt@kultus.hessen.de schicken.

Zum Thema Kälte: sollte der Verdacht bestehen, dass zu wenig geheizt wird, kann dies dem ABI gemeldet werden. Es können bei begründeten Fällen Datenlogger aufgestellt werden, die einige Tage lang die Temperatur dokumentieren.

Im Sommer wird die Hitze in den Schulräumen zunehmend ein Problem; unter <https://energienag-nungsmessstadt-frankfurt.de/> sind Unterlagen zum städtischen Hitzeschutzkonzept abrufbar; es wird empfohlen, sich über mögliche Maßnahmen zu informieren und diese ggf. schon im Winter zu beantragen, denn der Vorgang dauert lang.

Luftfilter: Die Wartung der von der Stadt aufgestellten Luftfilter bleibt ein Thema. Die Stadt wird voraussichtlich ab November 2023 die notwendigen Filterwechsel

durchführen lassen können. Da der Wechsel von den Betriebsstunden abhängig ist, wird der Austausch zu unterschiedlichen Zeitpunkten fällig und von den Geräten abhängig. Die Schulen können sich gerne an die zuständige Bildungsjugend wenden. Die Priorisieren dann entsprechend der Notwendigkeiten. Es wird empfohlen, sie zur Erkältungszeit wieder in Betrieb zu nehmen!

Arbeitsmedizinische Beratung, Infektionen und Schwangerschaft: Der Medical Airport Service bietet in den Räumen des SSA wieder arbeitsmedizinische Sprechstunden an. Wir haben die Personalräte über die Modalitäten informiert und wie man hier Termine vereinbaren kann, auch zu Röteln, Scharlach, anderen Infektionskrankheiten und Schwangerschaft wird Beratung angeboten und werden ggf. auch Beschäftigungsverbote ausgestellt. Hierzu kann man im MAS-Zentrum in Darmstadt anrufen (oder mailen) und lässt sich dort weitervermittelt und beraten. Tel:0049610534130 info@medical-gmbh.de

Nachrichten aus dem Hauptpersonalrat

Zusammenführung von Integrations- und Sozialindex

Das HKM informiert darüber, dass ein Vorhaben des Koalitionsvertrages, nämlich die Zusammenführung von Integrations- und Sozialindex seit Beginn des laufenden Schuljahres umgesetzt worden sei. Seit 2017 sei den Schulen über den Integrationsindex jeweils eine halbe Stunde pro Schüler*in für zwei Halbjahre zugewiesen worden, um den Wechsel aus einer Intensivmaßnahme in die Regelklasse zu unterstützen. Problematisch sei hierbei gewesen, dass die Zuweisung immer nach einem erfolgten Wechsel, also mit zeitlicher Verzögerung erfolgt sei; außerdem habe es bei Wechseln von der Grundschule in die weiterführende Schule und bei einer Rückkehr in Intensivmaßnahme Schwierigkeiten gegeben.

Mit dem Schuljahresbeginn 2022/23 sei der Integrationsindex in Sozialindex aufgegangen, indem der Indikator „Zuwandereranteil“ von 28 % auf 30 % erhöht worden sei. Hierüber seien die Stellen für den Sozialindex auf ca. 650 erhöht worden. Gemeinsam mit den 100 zusätzlichen Stellen für die Deutschförderung werde das Wegfallen des Integrationsindex* deutlich überkompensiert.

Der 2013 eingeführte Sozialindex setze sich nun anteilig folgendermaßen zusammen: Anteil zugewandelter Schüler*innen: von 28 auf 30 %; Anteil der Empfänger*innen von SGB II-Leistungen: von 24,9 auf 24 %; Anteil der Einfamilienhäuser an der Gesamtzahl der Wohnungen von 25 auf 24 %; Anteil der Arbeitslosen an der Bevölkerung: von 21,6 auf 22 %. Hierbei sei lediglich der „Zuwandereranteil ein schulscharfer Indikator, alle anderen Faktoren beziehen sich auf den gesamten Schulkor. Als „zugewand-

ert“ gelte, wessen Staatsangehörigkeit oder Familienname nicht Deutsch sei (Eintragung in LUSD). Dem HPRS liegen Rückmeldungen von Schulen vor, die beklagen, dass die Zuweisung in diesem Bereich für sie nunmehr nicht mehr transparent und nachvollziehbar sei.

Eine neue Auflistung gibt es zum Bereich UBUS: Berufliche Schulen erhalten eine Sockelzuweisung von 0,25 Stellen. Primarbereich 250–500 SuS: 1,0 Stellen; über 500 SuS 1,5 Stellen; unter 250 SuS sind die IB (VM-Fälle entscheidend, ab 0,5 oder 1,0 Stellen Zuweisung. Sek.I-HR: 1,0 Stellen; für alle anderen Sek.I-Schulen gilt weiterhin die Tabelle, die 2018 vorgestellt wurde.

Probleme bei der Überleitung in den TV EGO-I-H

Der HPRS hat die diversen Probleme vor Ort umfangreich geschildert. Das HKM bestätigt die „schwierige Gemengelage“ und erläutert, dass es für die unterschiedlichen Konstellationen insgesamt zwölf Musterverträge für die jeweiligen Fallgruppen gebe.

Dem HPRS sind einige ausgestellte Verträge bekannt, die in ihren Regelungen den Bestandsschutz der Beschäftigten angehen. Das HKM sichert zu, aktiv solche Verträge aus dem Verkehr zu ziehen und betont, dass es die gesamte Problematik mit dem HPRS gemeinsam angehen wolle. Alle Auffälligkeiten sollten unmittelbar ans HKM gemeldet werden.

Verbeamtung von Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen als unbefristet Beschäftigte in Eingangsstufen und Vorklassen Unterricht erteilen

Nachdem per Erlass die Möglichkeit der Verbeamtung wiederhergestellt wurde, fragt der HPRS, ob die For-

mulierung des Erlasses so zu lesen sei, dass die Einstellung in die Besoldungsgruppe A11 und eine Beförderung aus diesem Eingangsstufe nach A12 nach dreijähriger Dienstzeit automatisch erfolge. Das HKM erklärt, dass es diese Frage auch mit dem Innenministerium noch klären müsse und erst danach entsprechend informieren könne.

Vertretungskonzepte und Datenerfassung zur Unterrichtsstatik – Auswertung des Testlaufes für ein Abfragesystem

Mit erheblicher zeitlicher Verzögerung stellt das HKM dem HPRS die Auswertung der Pilotabfrage vom 10.–12.10.2022 vor. An der Abfrage haben 30 Schulen pro Schulamtsbezirk, also insgesamt 450 Schulen teilgenommen; an der freiwilligen Evaluation haben sich 260 Schulen beteiligt. Von Beginn an sei laut HKM klar gewesen, dass die Abfrage keinen repräsentativen Charakter haben könne. Die Ergebnisse seien dementsprechend auch nicht repräsentativ.

Wichtig sei nach wie vor die Unterscheidung zwischen vorhersehbaren und unvorhersehbaren Vertretungsanlässen. Erwartungsgemäß stelle Krankheit mit fast 70 % den häufigsten Vertretungsgrund dar. Vertretung werde zu 68 % als Fachunterricht im gleichen Fach, zu 18 % als Fachunterricht in einem anderen Fach, zu 11 % als eigenverantwortliches Arbeiten und mit knapp 3 % durch andere Maßnahmen realisiert. Fast 54 % der Schulen/Schulleitungen bezielten den Zeitaufwand für die Eintragung ins System als hoch. Am Ziel der Bereitstellung vollständiger Daten zur Vertretung im Laufe des Schuljahres 2023/24 will das HKM festhalten. Zu diesem Zweck soll es einen weiteren, überarbeiteten Testlauf

geben, bevor in eine Vollerhebung übergegangen werden soll.

Immer wieder muss dem HPRS betont, dass die drei möglichen unbezahlten Mehrarbeitsstunden pro Monat eine Ausnahme darstellen. Unklar bleiben zukünftige Erfassungszentren und die Überlegung, eine Verknüpfung mit Units herzustellen. Darüber hinaus stellt sich die Frage, ob der Fachunterricht in Vertretung aus von Fachkräften abgedeckt wird. Grundsätzlich sollte die Abfrage Schulen zusätzlich belasten und potentiell unter Druck setzen, Unterricht unter keinen Umständen ausfallen zu lassen. Der HPRS erinnert zudem daran, dass er zu beteiligen ist, wenn die Erhebung flächendeckend erfolgen soll.

Richtlinie für Schulgesundheitsfachkräfte und Aufstockung der Versorgung mit Schulgesundheitsfachkräften

Das HKM konstatiert, dass die bisherigen Erfahrungen mit den Schulgesundheitsfachkräften sehr positiv seien und verweist auch auf entsprechende Studien, Bildungschancen und gesundheitliche Chancengleichheit würden gestärkt, Lehrkräfte, Sekretariate und Schulleitungen würden entlastet. Die Eingruppierung erfolge nun nach TV-H 9a, was eine Verbesserung darstelle; bei bereits bestehenden Stellen gebe es eine entsprechende Anpassung. Zur Stellenentwicklung erläutere das HKM, dass der Start 2016 mit 10 Modellschulen in Frankfurt und Offenbach erfolgte, 2022 10 weitere Stellen hinzukamen und in diesem Jahr nochmals 30 weitere Stellen besetzt werden können. Bei der diesjährigen Auswertung würden alle Schulumtsbereiche gleichermaßen versorgt. Die Stellenausreibungen sollen zu Beginn des kommenden Schuljahres

starten. Die Richtlinie für Schulgesundheitsfachkräfte werde derzeit noch überarbeitet, soll jedoch zeitnah fertiggestellt werden.

Wandererlass und Reisekosten

Das HKM informiert darüber, dass der „Wandererlass“ und der Erlass zu „Austausch- und Begegnungsfahrten“ gekoppelt werden und zum 1.1.2024 in Kraft treten sollen. Damit soll auch eine deutliche Vereinfachung des Antragsverfahrens einhergehen. Unklar ist nach wie vor, ob weiterhin mit Pauschalen bei der Erstattung von Reisekosten der Lehrkräfte gearbeitet werden soll, oder ob gemäß der aktuellen Rechtsprechung alle anfallenden Reisekosten erstattet werden.

Rahmen-Hygieneplan für die Schulen in Hessen

Mit der Aufhebung sämtlicher Regelungen zur Corona-Pandemie am 29.3.2023 hat auch der letzte „Hygieneplan Corona“ für die Schulen in Hessen seine Gültigkeit verloren. Auf Basis des § 36 Infektionsschutzgesetz sind schuleigene Hygienepläne zu erstellen. Der Rahmen-Hygieneplan des Landes soll als Grundlage für die mit dem Schultärgabe abzustimmenden Schulhygienepläne dienen.

Der HPRS problematisiert insbesondere die fehlende Konkretisierung der Ausführungen. Zur Problematik, dass bspw. Waschbecken mit Wasseranschluss nur als Empfehlung aufgeführt sind, erklärt das HKM, dass dies bereits eine „Rückzugslinie“ sei, da die kommunalen Spitzenverbände nicht zu weitergehenden Verpflichtungen bereit seien. Der HPRS zeigt sich zwar schockiert, muss aber akzeptieren, dass hier andere Wege der Beteiligung vor Ort angegangen werden müssen.

Melanie Harter, Judith Werner

„Gegen die Ökonomisierung der Bildung“

Die AG „Gegen die Ökonomisierung der Bildung“ der GEW Frankfurt sieht sich in der Tradition der bereits im Wintersemester 2012/2013 organisierten Vortragsreihe „Ökonomisierung oder Demokratisierung“ des „Marburger Bildungsaufbaus“, der eine Orientierung des Bildungswesens weg von der gegenwärtigen ökonomischen Dominanz neoliberaler Werte hin zum Wohl aller an Bildung beteiligter Menschen forderte.

Da diese fatale Bildungspolitik ungebremst fortgesetzt wurde, zeigte unsere Frankfurter Initiative seit 2013 in eigenen Vortragsreihen und Ganztagsveranstaltungen die Strategien und Maßnahmen zur Ökonomisierung und Entdemokratisierung auf, stellte die dafür hauptsächlich angewandten Methoden auf den Prüfstand und analysierte die von oben nach unten durchgesetzten Veränderungen den Unterricht und das Lehren und Lernen betreffend. Beispielsweise und schlagwortartig seien hier Methodentrainings, Bildungsstandards und Kompetenzorientierung, aber auch Modularisierung in Studium und Referendariat, als vorläufige Abkehr von bisherigen Bildungszielen genannt. Wissenschaftskonzerte, allen voran Bertelsmann, versuchen, quasi durch die Hintertür, über ihre Stiftungen und Berater in Form von Fortbildungsangeboten oder Unterrichtsmaterial neue Inhalte zu etablieren, unterstützt von den sogenannten „neuen“ Medien. Nicht mehr der emanzipierte, eigenständig denkende Mensch ausgestattet mit kritischer Vernunft steht hier im Mittelpunkt



Eine der letzten Veranstaltungen

pädagogischen Interesses, sondern der im Sinne des Marktes manipulierbare homo oeconomicus der Mensch als Humankapital. Doch werden so weder die Bildungskrisis, deren Spitze sich derzeit in einem Lehramtsangelangigantischen Ausmaßes zeigt, noch die Klimakatastrophe u.ä. überwinden.

Auch die Lehrenden selbst wurden im Zuge der Neoliberalisierungstendenzen zur Zielscheibe. Mechanismen der indirekten Steuerung (Stefan Siemens), die in der Wirtschaft schon seit Jahrzehnten üblich sind,

werden ganz bewusst eingesetzt, um den Abbau von echter Mitbestimmung und Solidarität zu verstärken, und verhindern so nicht nur die Erneuerung des Bildungssystems von unten nach oben. Durch die unterschiedlichen Beschäftigungsverhältnisse (Beamte, Angestellte, pädagogische Hilfskräfte, Seiteneinsteiger) sowie die veränderte Interpretation des Berufsbildes wird die Lehrerschaft gespalten. Empathie und Gemeinschaftsgeist werden zu Fremdwörtern innerhalb eines Berufsfeldes, das mit Menschen für Menschen und damit nicht zuletzt für die, für unsere Gesellschaft arbeitet. Auf diese Weise werden Kolleginnen und Kollegen ebenso wie die ihnen anvertraute Schülerschaft mehr und mehr dem neuen Erziehungsideal unterworfen, nämlich der Anpassung an das immer autoritärer werdende System. Die Ökonomisierung und Entdemokratisierung des Bildungswesens und damit die der gesamten Gesellschaft schreitet weiter voran, ungeachtet aller berechtigten Proteste.

Daraus ergeben sich für unsere Arbeitsgruppe neue Themen und Arbeitsaufträge, denen wir uns auch in Zukunft stellen wollen. Weitere Vorträge für das Jahr 2024 sind bereits in Planung. Hinweise erfolgen zeitnah.

Eva Maria Wehrheim für die AG „Gegen die Ökonomisierung der Bildung“, GEW Frankfurt; Dr. Gabriele Frenzel, Maria Heydari, Günter Köbler, Thomas Sachs, René Scheppler und Herbert Stern



Lasst Luca lehren!

GEW in Solidarität gegen Berufsverbote

Die Bezirksdelegiertenversammlung in Frankfurt hat am 18. September 2023 einstimmig beschlossen, den GEW-Kollegen Luca Schäfer in seinem Streben nach einer Aufnahme in den hessischen, pädagogischen Vorbereitungsdienst (Referendariat) in Solidarität zur Seite zu stehen.

Dazu ruft die GEW BV Frankfurt alle ihre Mitglieder auf, die Petition „Lasst Luca lehren“ auf change.org zu unterzeichnen.

Dort wird der Fall im Petitionstext ausführlich vorgestellt und wird nach juristischer Prüfung durch die Rechtsstelle der GEW Hessen als „de facto Berufsverbot“ bewertet. Ein weiterer Beleg dafür, dass der sogenannte Radikalerlass auch nach über 50 Jahren Geschichte ist, die nicht vergeht (vgl. Beitrag in der HLZ 6/2022). (...)

Lassen wir den engagierten Kollegen Luca nicht im Regen stehen und stehen ihm stattdessen in Solidarität zur Seite.

Pressserklärung des GEW BV FFM

Auch die GEW Hessen erklärte sich mit dem Kollegen Luca Schäfer solidarisch und unterstützt ihn juristisch, politisch und mit Öffentlichkeitsarbeit gegen ein drohendes Ausbildungs- und damit Berufsverbot.

Die GEW Hessen rief auf ihrer Landesdelegiertenversammlung am 13. 10. 2023 ihre Mitglieder ebenfalls zur Unterzeichnung der Petition auf, darüber hinaus auch die GEW-Bundesorganisation zu Solidarität und Unterstützung.

Die GEW Hessen fordert das Hessische Kultusministerium und die Landesregierung auf, Luca den Eintritt in den Vorbereitungsdienst endlich zu ermöglichen und ihm damit sein Grundrecht auf Ausbildung nicht weiter zu verweigern!

Der Fall Luca Schäfer beweist erneut die Aktualität des Themas. Die GEW Hessen fordert weiterhin die Rehabilitierung und Entschädigung der demokratischen und linken politischen Aktiven, die seit 1972 Betroffene des sogenannten „Radikalerlasses“ geworden sind und wird das Thema weiterhin aktiv bearbeiten. ➔

KERNgeschehen

Ein bisschen so wie Martin ...?

Ja, so möchten wir doch alle sein. Edel auf einem Ross dahereiten und gültig mit den Armen teilen. Teilen gibt allen Parteien ein gutes Gefühl. Wer teilt ist glücklich, ebenso wie die Person, mit der geteilt wird. Okay, bei Süßigkeiten ist das vielleicht nicht immer so und letztere Person ist ein kleines bisschen glücklicher. Doch am Ende des Tages bleiben wohlthuende Großzügigkeit und Frohsinn hängen. Nicht nur am 11. November hat das Teilen deshalb eine große Bedeutung, vor allem im Arbeitsfeld Schule. Zu einfach, wer lediglich an das Dividieren im Mathematikunterricht denkt.

Mittelen

Schule ist ein Ort des Mittelens. Wir sprechen, hören zu, empfangen und senden Nachrichten fast ohne Unterbrechung. Wir teilen unser Wissen und informieren uns gegenseitig über Dinge, die mal mehr, mal weniger wichtig sind. In einer Klasse herrscht großes Mittelungsbedürfnis,

besonders in den Grundschul- und ein intensiver Austausch gepflegt. Will man wirklich jedes Kind hören und seine Aufmerksamkeit fokussieren, benötigt man



In der Schule gebastelt.

für den Erzählkreis wahrscheinlich Jahre. Die Mitteilungen sollen also kurz und knackig auf den Punkt gebracht werden, für mehr reicht die Zeit nicht. Ungeteilte Aufmerksamkeit für Gesagtes – nur im Schnelldurchlauf bitte.

Zerteilen

Kann konnte sich jeden Tag zerteilen, denn überall wird man ge-

braucht: Beim Schuhe zubinden, Zopf machen, Banane schneiden, beim Trösten, Pflaster kleben, beim Streich schlichten, zuhören, Ratschläge geben... die Auflistung kann noch ewig fortgeführt werden. Die Lehrkraft ist ein Multitalent und muss alles können – häufig sogar gleichzeitig. Das Gefühl des in Stücke-gewerdens ist allgegenwärtig. „Was soll ich denn noch alles machen?“ Die Belastung im Lehrerberuf ist extrem hoch. Die Aufgaben neben dem Kerngeschäft des Unterrichtens sind vielfältig und kosten Ressourcen. Zeit und Kraft sind auch bei zerteilungswilligen Lehrkräften begrenzt und erschöpfen sich bei all den Anforderungen, die im Schulkontext warten.

Aufteilen

Das dürfte jeder Lehrkraft ein Begriff sein, wenn es um den Vertretungsplan geht. Klassen werden aufgeteilt, da nicht genug Personal da ist, um alle Kinder zu betreuen, geschweige denn zu unterrichten. Was einst nur im absoluten Notfall als letztes Mittel herangezogen wurde, ist in vielen Schule gängige Vertretungsplanung. Woher nehmen und nicht stehlen?! Wie Sankt Martin können

wir es leider nicht machen, der Personaldeckungsplan deckt nicht alle Bedürfnisse ab, auch wenn wir aufteilen.

Etwas teilen

Wir alle teilen dieselbe Leidenschaft, die Liebe zum Beruf und die Freude an der Arbeit mit Kindern und jungen Erwachsenen. Kleine Menschen sind ehrlich, inspirierend, kreativ, neugierig, lustig und jeden Tag eine große Aufgabe. Man spürt durch die Arbeit mit Kindern einen Sinn und Nutzen und kann mit Stolz und Rührung deren Entwicklung begleiten. Sicherlich teilen wir auch Ideen, Visionen und Ideen für ein stabileres Schulsystem und gelingende Schulentwicklung. Wir alle teilen auch täglich dasselbe Leid: Personal- und Fachkräftemangel, hohe Arbeitsbelastung, marode Schulgebäude, wachsende Heterogenität, volle Klassen und leerere Klassen. Und da ist geteiltes Leid definitiv nicht halbes Leid.

Lieber Martin, du hast es genau richtig gemacht und deshalb sollst du jedes Jahr wieder mit Laternen und Liedern gefeiert werden. Aber in der Schule wäre manchmal weniger teilen mehr.



Landesdelegierte der GEW am 13.10.2023 in Fulda

Fortsetzung: *Lasst Luca Leuber!*

Hintergrund

Der 27-jährige Lehrer Luca Schäfer wird unter höchst merkwürdigen Umständen kriminalisiert – er soll im Zuge einer 1.-Mai-Kundgebung angeblich „Polizisten angegriffen“ und einen Rauchtopf geworfen haben. Der vernommene Polizist vertritt sich in Widersprüchen. Das Bildmaterial zur Demo gibt den Tatvorfall nicht her. Trotz unklarer Beweislage wird ihm nun mit der Begründung mangelnder Eignung der Eintritt in den Vorbereitungsdiens verweigert. Der Kollege war mehrere Jahre während seines Studiums in der DGB-Jugend Frankfurt aktiv und ist GEW-Mitglied.

Mit der Absicht des Kultusministeriums, dem Kollegen den Eintritt in den Vorbereitungsdiens zu verwehren, wird Luca das Recht auf eine Ausbildung verweigert, da das Land Hessen das Ausbildungsmonopol bei Lehrkräften hat.

Gerade im Schuldienst, wo Kinder und Jugendliche zu Demokratie, Kritikfähigkeit und Meinungsfreiheit erzogen werden sollen, braucht es politisch engagierte Lehrkräfte, die genau das auch leben und nicht nur lehren. Es ist scheinheilig, die Politikverdrossenheit junger Menschen zu beklagen, wenn man ihnen gleichzeitig immer wieder mit Instrumenten wie dem Berufsverbot vor Augen führt, dass politisches Engagement nur in engen Grenzen zulässig ist, und bestraft wird, sobald eine grundlegende gesellschaftliche Kritik enthalten ist.

Leider gibt es bundesweit immer wieder aktuelle Beispiele der Einschüchterung junger politisch aktiver Kolleg:innen, die deutlich machen, dass Berufsverbot ein nach wie vor aktuelles Thema sind: Wir erinnern an die Kollegen Michael Caszkóczy von 2004/2005; Kerem Schamberger 2016 und Benedikt Glasl 2018, letztere aus Bayern.

Die GEW erinnert auch an die in den 70er Jahren betroffenen Kolleg:innen, für die das Thema weiter aktuell ist: Weder gab es ein öffentliches Eingeständnis, dass der Radikalerlass Tausenden von Menschen die berufliche Perspektive genommen und sie in schwerwiegende Existenzprobleme gestürzt hatte, noch eine materielle, moralische oder politische Rehabilitierung oder eine politische Auseinandersetzung über die schwerwiegende Beschädigung der demokratischen Kultur.

Sozialindex und Startchancenprogramm – heiße Luft oder echte Hilfe?

Seit dem Jahr 2013 gibt es in Hessen den sogenannten „Sozialindex“. Schulen in sozial schwieriger Lage werden seitdem mit zusätzlichen Lehrerrinnenstellen ausgestattet. Damit sollen vor allem die Bildungs-chancen sozial benachteiligter Kinder und solcher mit Migrationshintergrund verbessert werden. Ab dem Schuljahr 2024/25 sollen zusätzlich im Rahmen des Startchancenprogramms 600 Stellen mit in Höhe von 1 Mrd. Euro „erstmalig zielgenau und bedarfsgerecht an die Länder verteilt werden“.

Was ist der Sozialindex?

Der Sozialindex wird in Hessen auf der Basis von Bevölkerungsstrukturen berechnet und erfasst damit die soziale Belastung der Gemeinden, der Kreise und der kreisfreien Städte. Indikatoren sind die Arbeitslosenquote, die Sozialhilfequote und die Quote an Wohnungen in Einfamilienhäusern (als soziodemografische Merkmale) sowie der Ausländeranteil unter den Schülerinnen und Schülern als schulstatistisches Merkmal. Auch der Umfang der Stundenzuweisungen aus dem Sozialindex ist Bestandteil der schulbezogenen Zuweisung durch das HKM. Für die Verteilung der Stunden aus dem Sozialindex ist die Schulkonferenz nach Vorschlag durch die Gesamtkonferenz zuständig. Hier ist die Verwendung zwingend vorgegeben. Es geht darum, soziale Nachteile auszugleichen, zum Beispiel durch direkte Förderung von Schülerinnen und Schülern durch zusätzliche Mathematikförderung oder Angebote zur Gewaltprävention.

Quelle: GEW Hessen: *Stellenzuweisung und Deputate transparent, Frankfurt 2019*

GEW bereitet Veranstaltung für Anfang 2024 vor

Die GEW Frankfurt möchte Anfang 2024 zu den Themen „Sozialindex“ und „Startchancen-Programm“ eine Veranstaltung durchführen. Als Referent haben wir Prof. Dr. Horst Weishaupt eingeladen, der sich seit Jahren intensiv und kritisch mit der Notwendigkeit, den Wirkungen und Auswirkungen des Sozialindex befasst. In einem Artikel für die HLZ 7/8 20 23 schreibt er zu dem Thema: „Hessen stellt zwar 650 Stellen und damit 1,2 % des Gesamtstellenaufkommens für zusätzliche Zuweisungen nach einem Sozialindex zu Verfügung, doch werden für die Verteilung überwiegend keine auf die einzelnen Schulen bezogenen Indikatoren verwendet. Analysen zur Wirkung des Indexes auf die Verteilung von Personalstellen zeigten nicht den erwarteten Effekt. Da zu trägt die Lehrkräftezuweisung nach Klassen und nicht nach der

Zahl der Schülerinnen und Schüler, die mehrzügige Schulen gegenüber kleineren, peripher gelegenen Schulen benachteiligt. Vor allem aber reicht die Stellenausstattung des Programms nicht aus, um Wirkungen zu erreichen. In Hessen fehlt bisher das Problembewusstsein, um den notwendigen Wandel einzuleiten. Die Konsequenzen werden nicht nur eine unzureichende schulische Förderung vieler Schülerinnen und Schüler, sondern auch ein sich stark zuspitzendes Defizit an qualifizierten Arbeitskräften am Arbeitsmarkt in der Zukunft sein.“

In einem anderen Artikel¹ weist er darauf hin, dass „die Analyse der Daten der IQB-Erhebungen für die Grundschule verdeutlichen, dass etwa ein Drittel aller Grundschulklassen 2016 eine sozial schwierige Zusammensetzung der Schüler*innenschaft aufweist. Damit sind meist gravierende Folgen für die durchschnittlichen Leistungen der Schüler*innen sowohl in Deutsch als auch Mathematik verbunden. (...) In Klassen in sozial schwierigen Lagen werden deutlich mehr Schüler*innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf unterrichtet, mehr Kinder dieser Klassen hatten nur wenig Vorschulförderung, die Lehrkräfte haben häufig keine Lehrbefähigung in Deutsch und Mathematik, nur wenig mehr Schüler*innen nehmen an Ganztagsangeboten teil, die Schulen sind kaum häufiger gebundene Ganztagschulen, jahrgangsbereitender Unterricht findet seltener statt und nur gut die Hälfte der Kinder wächst mit Deutsch als Familiensprache auf.“

In der geplanten Veranstaltung soll es jedoch nicht nur um die Bestandsaufnahme und Analyse der vorhandenen Situation gehen, sondern auch um Alternativen. Nicht umsonst ist das hessische Modell des Sozialindex bisher von keinem anderen Bundesland übernommen worden. In den Blick nehmen wollen wir auch Modelle aus anderen Bundesländern wie Hamburg, was als deutlich effektiver eingeschätzt wird, aber auch internationale Beispiele.

Möglicherweise ist ja sogar von der künftigen Landesregierung Neues zu erwarten: So fordert die SPD im September 2023: „Sozialindex in Hessen braucht eine Neuausrichtung – Startchancenprogramm bietet eine gute Grundlage dafür.“ Und der bildungspolitische Sprecher Christoph Degen erklärte: „Bisher ist der hessische Sozialindex jedoch nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein, der sich nicht an den Bedarfen der Schülerinnen und Schüler orientiert. Mit der von uns im Antrag² geforderten schulscharfen Zuweisung der sozialpädagogischen Lehrkräfte könnten wir angesichts knapper Ressourcen mehr bewirken.“

Das sogenannte Startchancenprogramm

Mit dem Startchancen-Programm sollen 4.000 allgemein- und berufsbildende Schulen mit einem hohen Anteil an sozial benachteiligten Schülerinnen und Schülern speziell gefördert werden. Damit soll der Bildungserfolg von der sozialen Herkunft entkoppelt werden. Der Bund zahlt den Ländern dafür zehn Jahre lang jährlich eine Milliarde Euro. Die Länder sollen die Bundesförderung mit Mitteln in gleichem Umfang ergänzen. Die Höhe der Fördermittel, die die sozialen Rahmenbedingungen berücksichtigen. Eine Grundlage soll der Anteil der Kinder und Jugendlichen aus armutsgefährdeten Familien und mit Migrationshintergrund sein. Darüber hinaus wird in geringerem Umfang das Brutto-Inlandsprodukt der Länder berücksichtigt. Die Länder verteilen dann die Fördermittel innerhalb des jeweiligen Landes gezielt auf Schulen in sozial schwieriger Lage.

„Bisher ist der hessische Sozialindex jedoch nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein, der sich nicht an den Bedarfen der Schülerinnen und Schüler orientiert.“

Christoph Degen

40 Prozent der Fördermittel sollen für eine bessere und damit lernförderlichere Infrastruktur und Ausstattung der Schulen eingesetzt werden, 30 Prozent fließen in die Stärkung multiprofessioneller Teams. Damit ist es beispielsweise rechnerisch möglich, allein aus Bundesmitteln jeder Schule in sozial schwieriger Lage eine volle Stelle für schulische Sozialarbeit zuzuwiesen. Weitere 30 Prozent der Mittel fließen als sogenanntes Chancenbudget in bedarfsgerechte Maßnahmen der Schul- und Unterrichtsentwicklung, beispielsweise in zusätzliche, gezielte Lernförderung in den Kernfächern Deutsch und Mathematik.

Weil insbesondere in den ersten Schuljahren die entscheidenden Weichen für den Bildungserfolg

gestellt werden, sollen 60 Prozent aller Mittel den Grundschulen und 40 Prozent den weiterführenden und beruflichen Schulen zur Verfügung gestellt werden.

Die GEW-Vorsitzende Maike Finnern kritisierte, dass das Startchancenprogramm nur rund zehn Prozent aller Schülerinnen und Schüler erreichen werde. „Gut 20 Prozent der Kinder und Jugendlichen sind jedoch arm beziehungsweise armutsgefährdet“, begründete Finnern die Kritik an der Finanzierung. „Zudem trägt allein der Sanierungsstau an Schulen rund 45 Milliarden Euro. Um diesen ernsthaft anzugehen, brauchen wir einen eigenständigen Finanzierungstopf. Das Startchancenprogramm kann nur ein Einstieg in eine dauerhafte, solide Finanzierung benachteiligter Schulen sein. Es muss über die zehn-jährige Laufzeit hinaus verstetigt und besser ausfinanziert werden.“

Kritisch sehen die Expertinnen und Experten³ die Mittelverteilung. Zwar hatten sich Bund und Länder auf einen Kompromiss geeinigt, allerdings sei das nicht der große Durchbruch, wie häufig behauptet wurde. Nur bei der ersten Säule, die die Investitionen in den Schulbau beinhaltet, sollen die Bundesgelder unter den Ländern nach Sozialindikatoren verteilt werden. Für die anderen beiden Säulen, also für das Chancenbudget und für multiprofessionelle Teams, gilt die Armuts- und Migrationsquote jedoch nicht. Hier sollen die Mittel des Bundes nach Umsatzsteuertpunkten an die Länder gehen. Allein die Einwohnerzahl entscheide demnach darüber, wie viel jedes Bundesland erhält.

Dass die Kommunen nicht beteiligt waren, ist ein weiterer Kritikpunkt der Experten. Dabei spielen die Kommunen bei der Umsetzung eine entscheidende Rolle, sie seien nicht nur zuständig für die Investitionen in den Schulbau, sondern auch für die Zusammenarbeit mit Jugendhilfeträgern beispielsweise im Quartier oder Ganztags an der Schule. Seitens des Deutschen Städtetags wurde beklagt, dass die Kommunen sich bisher zum Hausmeister degradiert fühlen, da sie in den Verhandlungen um die Ausgestaltung des Programms nicht als Partner auf Augenhöhe beteiligt worden seien. Hier brauche es einen Perspektivwechsel.

Christoph Baumann

1 DDS, 114, Jg., 1 (2022)

2 Gemeint ist die Landtagsdrucksache 20/10846 mit den SPD-Forderungen

3 Es handelt sich hier um das „Expertinnenforum Startchancen“ im Quartier und Unterrichtsentwicklung, Sozialforschungs Zentrum für Sozialforschung Berlin (WZB) und der Robert Bosch Stiftung



Frankfurter Kitavernetzung fordert Maßnahmenplan bei Personalnotstand

Mit einer bemerkenswerten Initiative setzen sich die Betriebsräte der großen freien Kitaträger in Frankfurt für einen verbindlichen Maßnahmenplan bei den immer häufigeren Personalengpässen ein.

Im Anschluss an eine trägerübergreifende gemeinsame Betriebsratsitzung am 19. Oktober 2023 wurde untenstehende Pressemitteilung versandt, die auch in FR und FAZ ausführlich wiedergegeben wurde.

Zur Situation in den Kindertagesstätten und Schulbetreuungen erklären die Betriebsräte verschiedener freier Träger:

Betriebsräte fordern Maßnahmenpläne bei Personalengpässen ein

„Wir stellen mit Bestürzung und Sorge die zunehmende Überlastung der Beschäftigten in den Kindertagesstätten und schulischen Betreuungen in unseren Betrieben fest. Aufgrund des Fachkräftmangels fehlt es in zahlreichen Einrichtungen an ausreichendem Personal. Immer wieder kommt es dazu, dass zu wenige Kolleg:innen zu viele Aufgaben zu bewältigen haben. Die Situation belastet Kinder, Familien und Beschäftigte. Häufig wird vor Ort in der Not improvisiert. Wir meinen, es braucht einen verbindlichen trägerübergreifenden Maßnahmenplan für die Stadt Frankfurt und andere Kommunen, wie bei Engpässen zu verfahren ist! Dies ist die Voraussetzung, um die Aufrechterhaltung der Kernaufgaben in Situationen ständiger Per-

sonalknappheit überhaupt erst ermöglichen zu können.“

Einen solchen Maßnahmenplan bei Personalengpässen legen jetzt die Betriebsräte der großen freien Kitaträger im Anschluss an eine gemeinsame Betriebsratsitzung vor. Die in der Frankfurter Kitavernetzung kooperierenden Betriebsräte vertreten mehrere tausend Beschäftigte in Kitas und Schulbetreuungen in Frankfurt, Offenbach und Langen.

Der Maßnahmenplan sieht je nach Ausmaß der Notlage abgestufte Handlungsschritte zur Bewältigung eines Engpasses vor. Beschäftigten, Leitungen und Trägern steht somit ein transparentes Instrumentarium zur Verfügung. Dieses reicht von Anpassungen der Angebotsstruktur über Gruppenzusammensetzungen bis hin zu Einschränkungen der Öffnungszeiten und einem Aufnahmestopp für Neuanmeldungen von Kindern.

Die Betriebsratsvorsitzende der BVZ GmbH, Bianca Kistner, erklärt dazu: „Unterbesetzung in den Einrichtungen wird immer öfter zur alltäglichen Arbeitsbedingung. Deshalb brauchen wir ein klares Regelwerk zum Umgang damit.“ Ansonsten, so befürchtet Simon Benckec, Co-Betriebsratsvorsitzender des Sozialpädagogischen Vereins, drohe eine weitere Verschärfung der Überlastung und in Folge zu zunehmender Abwanderung von Fachkräften aus den Kitas: „Es braucht eine stadtwire Strategie. Deswegen werden wir jetzt zeitgleich an die jeweiligen Geschäftsleitungen der Kita-Träger herantraten, den von uns erarbeiteten Maßnahmenplan als Grundlage für eine Betriebsvereinbarung vorlegen und Verhandlungen dazu einfordern.“



Foto: Adobe Stock/fotika

Von der neuen Hessischen Landesregierung erwarten die Betriebsräte darüber hinaus eine Abkehr von der bisherigen Strategie, den Fachkraftbegriff aufzuweichen und Standards abzusenken. „Es muss entschieden mehr in bezahlte Ausbildungswege und attraktive Arbeitsbedingungen investiert werden. Nur so lässt sich Qualität in der Frühkindlichen Bildung dauerhaft erreichen.“, so Bianca Kistner abschließend.

Zum Hintergrund:

Um eine angemessene Bildungsqualität zu erreichen, fordert die Kitavernetzung Frankfurt schon seit einiger Zeit gemeinsam mit den Gewerkschaften verdi und GEW eine altersgerechte Fachkraft-Kind-Relation von 1 : 3 (Krabbelstufe) – 1 : 8 (Kindergarten) – 1 : 10 (Hort/Schülerladen) in allen Einrichtungen.

Davon ist die jetzige Realität weit entfernt.

Der jetzt vorgelegte Maßnahmenplan soll verhindern, dass es zu einer dauerhaften Überlastung der Beschäftigten kommt und wichtige beschreibbare pädagogische Arbeit (Vor- und Nachbereitung, Praxisanleitungen, Teamsitzungen, Supervisionen, Fortbildungen) nicht mehr wahrgenommen werden kann. Der Maßnahmenplan soll als trägerübergreifender Handlungsrahmen angewendet werden. Da der Plan darauf ausgerichtet ist, den Mindeststandard abzusichern, ist er als Übergangsregelung gedacht, die nicht zur täglichen Normalität werden darf. Der Plan soll deshalb nach spätestens einem Jahr evaluiert werden.

Der Maßnahmenplan selbst, so wie ein dazugehöriger Ablaufplan

sind über die folgenden Links auf der Web-Seite der GEW Hessen einsehbar:

https://www.gew-hessen.de/fileadmin/user_upload/1_themen/bildung/sozpaed/Personalmangel-Massnahmenplan-20-10-23.pdf

https://www.gew-hessen.de/fileadmin/user_upload/1_themen/bildung/sozpaed/Personalmangel-Ablaufplan-20-10-23.pdf

Pressemitteilung Frankfurt am Main, den 20.10.2023

Betriebsrat ASB/Lehrerkooperative Bildung und Kommunikation gGmbH | Betriebsrat AWO Kreisverband Frankfurt | Betriebsrat BVZ GmbH Betriebsrat IFZ Internationalles Familienzentrum gGmbH | Betriebsrat Mainkroddle gGmbH | Betriebsrat Sozialpädagogischer Verein zur familienergänzenden Erziehung e.V.

Kinder in Armut – Benachteiligung, Diffamierung und Stigmatisierung

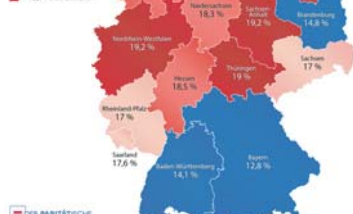
Man kann darüber streiten, wie die weitere Entwicklung eines Kindes mehr prägt, die Kita oder die Grundschule. Beide Bildungseinrichtungen stehen jedenfalls in dieser Hinsicht an der Spitze. Und die Kita ist für viele Kinder der erste Bereich, in dem sie aus der privaten elterlichen Sphäre in diejenige der Gesellschaft eintritt. Wenn von privaten Kitas und privaten Grundschulen (und von der Gentrifizierung der Wohngebiete) abgesehen wird, zeichnen sich Kita und Grundschule auch noch dadurch aus, dass sie zunächst mal nicht zum separierten Bildungssystem gehören.

Umso wichtiger ist es, nicht den Widersprüchen und Gegensätzen auszuweichen, die diese unsere Gesellschaft leider auch kennzeichnen.

Michael Klundt neues Buch „Kinder in Armut – Benachteiligung, Dif-

Armutquoten 2021 nach Bundesländern

- unter 16,9%
- 16,9% bis unter 17,9%
- 17,9% bis unter 18,9%
- 18,9% und mehr



© Der Paritätische Gesamtverband, Armutsbericht 2020, Aufl. 2
Datenquelle: Microcensus | Grafik: Mapcarta / Pöbaly / Eigenes Bearbeiten

famierung und Stigmatisierung in der Kita begegnen!“ ist dafür bestens geeignet.

Dr. Michael Klundt ist Professor für Kinderpolitik und Studienleiter am Fachbereich Angewandte Humanwissenschaften an der Hochschule Magdeburg-Stendal. Er leitet den Master-Studiengang „Kindheitswissenschaften und Kinderrechte“ und lehrt und forscht unter anderem zu den Themen Kinderarmut und Reichtum sowie Kinder-, Jugend-, Familien- und Sozialpolitik. Als gesellschaftlich engagierter Wissenschaftler ist er für das Thema prädestiniert.

Klundt verbreitet nicht die Illusion, über das Bildungswesen die materiellen und sozialen Gegensätze überwinden zu können. „Pädagogische Fachkräfte können die gesellschaftspolitisch verursachte Entstehung

von Kinderarmut sicherlich kaum beeinflussen.“ Dennoch ist nicht unerheblich, wie Bildungsinstitutionen und Professionelle mit sozialer Benachteiligung, Armut und deren Folgen umgehen.

Besonders bedenklich sind diejenigen Debatten, in denen die betroffenen Kinder und Familien mit den Etiketten „selbst schuld“ oder „asozial“ therapeutisch bedacht werden ...

Denn „schmerzhafter noch als materielle Einschränkungen können sich Diffamierungen und Stigmatisierungen auswirken. Auch das Reden über (arme) Kinder und ihre Familien macht also einen Teil der gesellschaftlichen Polarisierungsproblematik aus, die immer weniger geplatzt werden kann. Dies gilt vor allem dann, wenn die Betrachtung von (Kinder-)Armut durch ein

Der Privilegienkampf geht unvermindert weiter

Haushaltsentwurf des Bundesfinanzministeriums für 2024: Minus 24 Prozent beim Bafög!

Finanzminister Christian Lindner (FPD) schlägt auch bei der Ausbildungsförderung für Schüler und Studenten zu: Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) für Studenten sollen um 440 Millionen auf 1,37 Milliarden Euro gekürzt werden. Das sind Minus 24 Prozent!

... und das bei ohnehin zu niedrigen Bafög-Sätzen

Bereits im Mai 2021 hatte das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit der Feststellung der BAföG-Bedarfsätze angemeldet, aus diesem Grund ein Verfahren ausgesetzt und dem Bundesverfassungsgericht (BVerfG) vorgelegt. Das BVerfG prüft derzeit, ob die Festsatzung der BAföG-Bedarfsätze für Studierende mit dem Grundgesetz vereinbar sei. – Grund:

Die Regelung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG), nach der im Zeitraum von Oktober 2014 bis Februar 2015 ein monatlicher Betrag für Studierende in Höhe von 373 Euro galt (§ 13 Abs. 1 Nr. 2 BAföG), verstößt nach Überzeugung des Bundesverwaltungsgerichts gegen den aus dem verfassungsrechtlichen Teilhaberecht auf abzugleichenden Zugang zu staatlichen Ausbildungen folgenden Anspruch auf Gewährleistung des ausbildungsbezogenen Existenzminimums (Art. 12 Abs. 1, Art. 3 Abs. 1 Grundgesetz – GG – in Verbindung mit dem Sozialstaatsprinzip des Art. 20 Abs. 1 GG).

Aus der Pressemitteilung des Bundesverwaltungsgerichts Nr. 31/2021 vom 20.5.2021

GEW und fzs (freier zusammenchluss von student*innenschaften)

fördern daher eine BAföG-Reform, bei der die Bedarfsätze auf mindestens 930 Euro angehoben und Pflege- sowie Krankenversicherung angemessen berücksichtigt werden. Zudem solle ein transparentes Verfahren zur regelmäßigen Anpassung der Bedarfsätze eingeführt werden.

Die Stellungnahme von fzs und GEW für das Bundesverfassungsgericht liefert interessante Zahlen für unsere bestehende Klassengesellschaft:

Im Monatsdurchschnitt erhielten 2021 333.774 Studierende Ausbildungsförderung, was nur 11,3 % aller im Wintersemester 2021/2022 immatrikulierten Studierenden entspricht.

Aus diesen Zahlen lässt sich bei einem Vergleich der Angaben für 2014/2015 mit 2021/2022 ableiten, dass die Zahl der Studierenden in diesem Zeitraum von sieben Jahren um mehr als eine halbe Million Studierende (564.574) gestiegen ist (+ 23,7 %), der Anteil, der Studierenden, die Ausbildungsförderungsleistungen nach dem BAföG in Anspruch nehmen (mussten), um 21,4 % (Monatsdurchschnitt) bzw. sogar 27,7 % (Jahreswert) gesunken ist. Zugleich hat sich aber der Anteil der Studierenden, die eine sogenannte Vollförderung bekommen, signifikant erhöht auf zuletzt fast 43 % (2014 nur rund 38 %).

Die rückläufigen Förderungszahlen lassen sich nicht mit einer Abnahme der Zahl der Schüler*innen und Schüler und der Studierenden erklären. Vielmehr ist die Zahl der Geförderten langfristig zurückgegangen, weil die Freibeträge und

Förderungshöhe zu gering und nicht kontinuierlich erhöht wurden.

Die fzs-Vorständin Rahel Schüssler kritisiert, Ausbildung bleibe in Deutschland ein Armutsfaktior. „Studierende und junge Menschen im Allgemeinen fühlen sich wirklich im Stich gelassen.“ Viele wüssten schon jetzt nicht mehr, wie sie sich angesichts steigender Mieten und Lebenshaltungskosten ihr Studium weiter leisten sollten.

„Kein Wunder, dass wir hohe Abbruchquoten haben.“

sagte auch Keller. Er verwies darauf, dass die Delegierten des GEW-Gewerkschaftstages 2022 einen Dringlichkeitsantrag verabschiedet hätten, der eine deutliche Erhöhung der studentischen Ausbildungsförderung auf 1.200 Euro fordere. Nur 13 Prozent der Studierenden erhielten überhaupt noch Bafög.

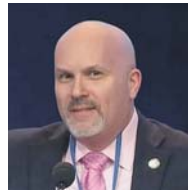
Als Bildungsgewerkschaft im DGB tritt die GEW dafür ein, dass ein Studium kein Privileg weniger sein darf, sondern allen offensteht muss, die eine Hochschulzugangsberechtigung erworben haben – egal, woher sie kommen und ob sie wohlhabende Eltern haben oder nicht.

Das Bundesverfassungsgericht sieht dies ähnlich und hat im Beschluss vom 8.5.2013 festgehalten:

Der Gesetzgeber hat den Zugang zu Einrichtungen zur Ausübung grundrechtlicher Freiheit insgesamt so zu gestalten, dass die sozialen Gegensätze hinreichend ausgeglichen werden und soziale Durchlässigkeit gewährleistet wird.

Aus dem Kernland unserer „Wertegemeinschaft“ oder: Der Zusammenhang zwischen dem Aufstieg rechter Parteien und dem Bildungsverfall

„Wir sind sehr besorgt“ sagt Andrew Spar, Präsident der Florida Education Association (FEA) in einem Interview mit Carmen Ludwig, unserer ehemaligen stellvertretenden Landesvorsitzenden. Was auf dieser Doppelseite der GEW-Bundeszeitung EUW enthüllt wird, ist ein Blick ins finstere Mittelalter. Säkularisierung und Aufklärung scheinen nicht stattgefunden zu haben.



Andrew Spar (YouTube)

Den „schlimmsten Lehrermangel, den wir je erlebt haben“, „Klassenzimmer, in denen es keine Lehrkräfte gibt“, „Manchmal ist eine Person für vier oder fünf Klassen zuständig; die Kinder können unter diesen Umständen nichts lernen.“ Ansätze davon kennen wir mittlerweile aus Deutschland. Aber dass Bücher mit LGBTQ+-Bezug oder solche, die von afroamerikanischer Geschichte, der Sklaverei und den Erfahrungen der Indigenen hier in den vereinigten Staaten sowie von Einwanderern handeln von Einzelpersonen angezeigt und darauf hin für den Unterricht verboten werden, das ist schon unerhört.

Dazu kommt eine immense Erschwerung von gewerkschaftlicher Organisation wie die, dass mindestens 60 Prozent der Lehrkräfte jeder Schule Mitglied einer Gewerkschaft sein müssen, andernfalls verliert sie ihre gewerkschaftliche Vertretung.

So empörend es ist, so kommt es nicht ganz überraschend. Bereits in der FLZ 2/2023 habe ich auf den Zusammenhang mit der neoliberalen Schockstrategie verwiesen und Naomi Klein zitiert, die in ihrem gleichnamigen Buch von 2007 ausgeführt hat, wie ein Hurrikan zum Privatisierungskahlschlag der öffentlichen Schulen genutzt wurde.

Es war der Hurrikan Katrina in New Orleans 2005, der dazu beitrug, dass dortige öffentliche Schulsystem zu demontieren und in ein privates Charterschool-System zu verwandeln. Binnen 19 Monaten wurde das öffentliche Schulsystem nahezu vollständig durch privat betriebene Charterschools ersetzt: von 123 öffentlichen Schulen blieben ganze vier übrig! Die Bildungsgutscheine, einzulösen bei privaten Bildungseinrichtungen, waren das Mittel der Umsetzung.

Außerdem kam der Tarifvertrag für die Lehrkräfte in den Reißwolf, 4.700 Gewerkschaftsmitglieder wurde gefeuert.

Friedmans Denkfabrik war begeistert: „Katrina vollbrachte an einem Tag ... was den Schulforschern von Louisiana in jahrelangen Versuchen nicht gelungen war.“

In eben diesem Florida regiert mit dem Republikaner Ron DeSantis als Gouverneur ein rechter Hardliner, der auf seine Chance wartet, Präsident des ganzen Landes zu werden.

Herbert Storn
<https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/wir-sind-sehr-besorgt>

in der Kita begegnen!

Wechselspiel zwischen Ignoranz, Krokodilstränen und Schicksalsgläubigkeit gekennzeichnet ist. Besonders bedenklich sind diejenigen Debatten, in denen die betroffenen Kinder und Familien mit den Erketten „selbst schuld“ oder „sozial“ rhetorisch bedacht werden, denn dann steht statt der Bekämpfung von Armut eher die Herabwürdigung und letztlich Bekämpfung der Armen im Vordergrund.

Haltungen und Handlungen, sagt Klundt, können also die vorhandene soziale Ungleichheit reproduzieren oder sie sogar verstärken, statt sie gemeinsam mit anderen Fachkräften, mit Kindern und Familien in ihren Auswirkungen zumindest zu lindern und zu vermindern. Und das ist nicht als Trostpflaster gemeint, sondern kann – bei allen sozialen Widrigkeiten – Kinder, Eltern,

Fachkräfte und das Gemeinwesen in ihrer Handlungsfähigkeit, ihren Ressourcen, ihrer Resilienz und in ihren solidarischen Beziehungen stärken“.

Dafür ist es hilfreich, wenn pädagogische Fachkräfte über fundierte Fachwissen über das Ausmaß, die Folgen und relevante öffentliche Debatten verfügen, sowie über evidenzbasierte Informationen zu den Ursachen und wirksamen Gegenmaßnahmen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene, wie auch in den jeweiligen Bildungseinrichtungen. „Das ist das Anliegen dieses Buches.“

Nun stellt Klundt aber auch fest, dass die öffentliche Beschäftigung mit Kinderarmut nicht gerade Seltenheitswert hat: „Wer sich im Jahre 2022/2023 mit dem Thema „Kinderarmut“ erstmalig beschäftigt,

könnte fast den Eindruck gewinnen, dass buchstäblich alle gesellschaftlichen und politischen Instanzen (eigentlich schon immer) Kinderarmut vermeiden oder bekämpfen wollen.“

Seltsam sei nur, „warum (dann) die Kinderarmut in den letzten Jahrzehnten nicht wirklich verhindert oder vermindert wurde, sondern sich eher noch gesteigert oder verfestigt hat.“

Hinderungsgründe, warum kluge und angemessene Vorschläge regelmäßig seit Jahrzehnten eher nicht angenommen oder angewandt würden, blühen oft unterbelichtet. Es sei deshalb zwar notwendig, die soziale Lage von Kindern zu forschen; vor allem aber komme es darauf an, „wie diese Daten in der medialen, politischen und wissenschaftlichen



Öffentlichkeit behandelt und verhandelt werden.“ Auch dazu die das Buch.

Das Buch spannt auf seinen knapp 130 Seiten einen großen Bogen vom Ausmaß von Kinderarmut und ihren Erscheinungsformen über die Folgen und Auswirkungen. Es be-

zieht Debatten und Diskurse zu Kinder- und Familienarmut sowie Reichtum mit ein.

Es geht auf Ursachen und Zusammenhänge ein, welche, wie Klundt anmerkt, immer wieder mit Anlässen und Teil-Aspekten verwechselt werden und somit das wirksame Verändern der Verhältnisse behindern.

Der Veränderung dient die Erörterung von notwendigen, kinderrechtsorientierten Maßnahmen und Alternativen, welche gesellschaftspolitische Rahmenbedingungen mitberücksichtigen.

Nicht zuletzt ist es Klundts Verdien, in diesem Buch ausführlich die „Konsequenzen der Corona-Krise für (arme) Kinder“ einzugehen.

(wird fortgesetzt)
Herbert Storn

85,5 Milliarden Euro + 100-Milliarden-Sonderhaushalt für Militär und Rüstung schnüren Sozialstaat und Gewerkschaften die Luft ab

Wir, die wir in der GEW aktiv gegen Waffenlieferungen und Sanktionen und für Verhandlungen zur Beendigung des Krieges in der Ukraine eintreten, müssen feststellen, dass, sobald sich BefürwortInnen des Kriegs- und Sanktionskurses der Bundesregierung zu Wort melden, das Thema Krieg am liebsten aus der Debatte genommen werden soll, verbunden mit dem Hinweis auf Kontroversität und den Gedanken der „Einheitsgewerkschaft“. Der Krieg sei ein politisches und kein gewerkschaftspolitisches Thema.

Da nutzt auch der Hinweis nichts, dass Krieg, die damit verbundene Aufrüstung und Sanktionspolitik den Sozialstaat angreifen, die gewerkschaftliche (Tarif) Politik gewaltig einschränken und die gemeinwohlorientierte Infrastruktur aushöhlen. Ein Blick in den Bundeshaushaltentwurf für 2024 zeigt die Gleichzeitigkeit von Militärausgaben, Auswirkungen des Sanktionspolitik, dem Sozialabbau und der Unterfinanzierung der Infrastruktur. Mit 85,5 Milliarden Euro (nach NATO-Kriterien) – ohne den 100-Mrd-Sonderhaushalt – erreichen die Militärausgaben den höchsten Stand seit 1945!

Ebenso wenig nutzt der Hinweis (gerade in einer Bildungsgewerkschaft) auf die zentrale pädagogische Aufgabe, beide Seiten zu hören, den Kontext herauszuarbeiten und keine Feindbildziehung zu betreiben. (Zu letzterem gibt es sogar auf unsere Initiative hin einen Beschluss des GEW-Gewerkschaftstags in Leipzig vom Sommer 2022)

Aber auch wir waren und sind ein aktiver Teil der GEW.

Auf der Homepage der GEW heißt es unter „GEW. Bildung gestalten“ im letzten Punkt: *„Bundeswehr raus aus Schulen und Hochschulen! Friedensbildung stärken!“*

Auch das scheint in Vergessenheit zu geraten.

Umso dankbarer können wir sein, dass der DGB-Vorsitzende von Hessen-Thüringen, Michael Rudolph, auf der großen Veranstaltung *„Initiative Frieden schaffen!“* am 1. Oktober 2023 in Frankfurt am Main folgende Grußworte übermittelte:

Es sei ein Irrglauben, dass immer mehr Waffen Frieden schaffen. Die Debatte dürfe nicht länger einseitig geführt werden. Man dürfe nicht in Kategorien von Sieg oder Niederlage denken. Statt neuer Waffenlieferungen wird die Bundesregierung aufgefordert, Verhandlungen vorzubereiten. Für Europa brauche es eine neue Friedensordnung, eine Rüstungsexportkontrolle und nukleare Abrüstung. Es sei absurd, dass die Finanzmittel für Schulen, Ge-

sundheit, den ökologischen Umbau der Wirtschaft fehlten, aber gleichzeitig aufgerüstet werde. Deshalb werde auch das 2-Prozent-Ziel für den Rüstungsanteil im Haushalt abgelehnt.

Die GEW kann und darf sich aus dieser Auseinandersetzung nicht wegducken!

Gerade eine Gewerkschaft, die sich die Bildung und Wissenschaft auf ihre Fahnen schreibt, muss sich mit den existenziellen Fragen unserer Gesellschaft auseinandersetzen. Und nichts ist existentieller als Krieg und Frieden.

Dazu gehören gerade jetzt die von der o.g. Veranstaltung genannten Ziele:

- für diplomatische Initiativen der Bundesregierung einzutreten, um möglichst zusammen mit EU-Partnern und den BRICS-Staaten internationale Vorschläge für einen Waffenstillstand in der Ukraine und für Verhandlungen über eine neue Sicherheitsordnung in Europa zu machen;
- für Rüstungskontrolle, Rüstungsbegrenzung und Abrüstung zu werben, gerade angesichts der steigenden Militärausgaben und ihrer dramatischen sozialen und öko-

logischen Auswirkungen bei uns und weltweit;

- für die Leitidee der Gemeinsamen Sicherheit einzutreten, die eng verbunden ist mit den Zielen Nachhaltigkeit und Nord-Süd-Partnerschaft;

- die „Europäisierung Europas“ (Willy Brandt) als Friedens- und Entspannungspolitik im Sinn der Charta von Paris mit neuem Leben zu erfüllen;

- einen Beitrag zur Stärkung der Friedensbewegung zu leisten: „Frieden von unten“.

Dazu heißt es in dem von den Initiatoren der „Initiative Frieden schaffen!“, Peter Brandt, Reiner Braun, Reiner Hoffmann, Michael Müller:

Wir leben in einem „Jahrhundert der Extreme“. Es ist auch unsere Aufgabe, alles zu tun, das es nicht katastrophal endet. Die Summe und Parallelität der Krisen sind jedenfalls beängstigend, aber es scheint jedes Verständnis dafür verloren gegangen zu sein, dass uns Menschheitsgefahren bedrohen, die nur gemeinsam zu lösen sind.

Das ist eine Frage von Vernunft und Verantwortung.

Es gibt eine Vielzahl von Gründen, warum der Krieg in der Ukraine schnell gestoppt werden muss. Je-

den Tag werden Menschen sinnlos getötet, jeden Tag wächst die Gefahr einer Eskalation des Krieges. Jeden Tag vertieft sich die Spaltung der Welt.

Aber wir brauchen eine gemeinsame Zukunft, auch mit Russland, um die großen Herausforderungen zu bewältigen. Wir bekennen uns deshalb zu den Leitideen der Gemeinsamen Sicherheit und der Nachhaltigkeit. *(aus dem Aufruf)*

Aufgabe der GEW müsste es mindestens sein,

- gegen die „einseitige Abwertung kritischer Stimmen“ einzutreten, wie es Prof. Hajo Funke ausgedrückt hat. Noch nie hatte es eine kritische Meinung zur Ukraine-Politik so schwer wie gegenwärtig, wie die RednerInnen auf der Frankfurter Veranstaltung fast unisono feststellten.

Dies wird im Übrigen auch durch die Mainzer Studie *„Die Qualität der Medienberichterstattung über den Ukraine-Krieg“* – Forschungsbericht zu ersten Befunden vom 15. 12. 2022 bestätigt.

- gegen die „Dreistigkeit von Politik und Leitmedien anzuzeigen, die den Hintergrund und Kontext des Ukraine-Krieges ausblenden, wie der che-

malle EU-Kommissar Günter Verheugen beklagte. Hierzu gehörte es, die US-Hegemonie-Doktrin „Keine Macht darf stärker sein als die USA“ zur Kenntnis zu nehmen, aus der ihre weltweite Politik abgeleitet werden. Auch die Zustände in der Ukraine, die immer noch zu den korruptesten Staaten zählt, würden hier nicht zur Kenntnis genommen.

- den Zusammenhang zwischen Hochrüstung und Sozialabbau in den Bildungseinrichtungen und in der Lehrkräftefortbildung zu vermitteln, wie es Helga Schwitzer (von 2007 bis 2013 geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, ehrenamtliche RichterIn am Bundesarbeitsgericht in Erfurt) auf der Frankfurter Veranstaltung getan hat. (s.a. ihren Beitrag in der FR vom 29. 9. 2023)

Dafür treten wir ein.

Herbert Storn, Ariane Alba Márquez, Jürgen Rente, Susanne Hüttig, Lothar Ott, Inge Konradi, Heinrich Becker, Udo Haastark, Jürgen Klausenitzer (AG Krieg und Frieden im BV FFM)



Am 1.10.2023 im Haus Gallus in Frankfurt am Main: Am Mikrophon: Barbara Dieckmann, bis 2009 Oberbürgermeisterin von Bonn und ehemalige stellvertretende Bundesvorsitzende der SPD. Auf dem Podium: Helga Schwitzer, bis vor kurzem Vorstandsvorsitzende der Deutschen Rentenversicherung, ehemaliges Vorstandsmitglied der IG-Metall, Prof. Dr. Peter Brandt und Hajo Funke, Prof. em. der FU Berlin.

Lehren aus der Veranstaltung „Initiative Frieden schaffen!“ vom 1. Oktober 2023 in Frankfurt am Main ziehen



Der KLARtext-Verein mit Rainer Roth und Reinhard Frankl an der Spitze hat sich aufgelöst. Die GEW hat über Jahrzehnte mit KLARtext zusammengearbeitet. Rainer Roth war als Redner auf Veranstaltungen gefragt. Im Vorfeld der doppelseitigen Flugblätter zu aktuellen wirtschafts- und sozialpolitischen Themen gut eingesetzt werden. Selbst auf dem Hedderheimer Faschingsumzug ist der Verein aufgetreten.

Den KLARtext-Blog wird es weiterhin geben. Ganz aktuell – vom 22. Oktober 2023:

„Übertritt der Krim zu Russland 2014? Selbstbestimmungsrecht oder Annexion?“

Unser erster Blog-Beitrag nach Auflösung des KLARtext-Vereins enthält einen chronischen Abriss der zahlreichen Versuche der Krim seit 1991, ihre Selbstverwaltungsrechte

auf dem Boden der Ukraine zu stärken bzw. eine Wiedervereinigung mit Russland anzustreben. Der gewaltsame Sturz der Regierung Janukowitsch im Februar 2014 machte alle Hoffnungen auf Anerkennung einer umfangreicheren Autonomie zunichte. Er führte seinerseits zum Sturz der Kiew verpflichteten Regierungsbehörde auf der Krim und zu einem Referendum, das sich klar gegen den Verbleib in der Ukraine und für den Wiederanschluss an Russland aussprach.

Die Einschätzung des Westens, es hätte sich bei dem 2014 erfolgten Anschluss der Krim an Russland um eine Annexion gehandelt, war die Begründung für die folgenden Wirtschafts-Sanktionen. Was aber, wenn der Beitritt zu Russland ein legitimer Ausdruck des Völkerrechts in Form des Selbstbestimmungsrechts der Völker gegen die Unterdrückung nationaler Minderheiten war?*

Flugblatt-Vorderseite aus 2003 – auch heute noch aktuell

**Die Landeskasse ist leer
Wer hat reingegriffen ?**

Im Jahr 2000 nahm das Land Hessen noch 1.400 Millionen € Körperschaftsteuer ein, der Gewinnsteuern auf Kapitalgesellschaften wie Opel, Deutsche Bank, Aventis, Volkswagen usw.
2001 tröpfelten nur noch 91 Millionen € in die Landeskasse.
2002 zahlte das Land sogar 165 Mio. Körperschaftsteuer an die Konzern zürück.

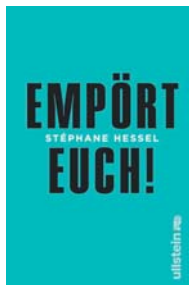
... **Banken und Konzerne**
Das war das Ergebnis der *„im Zug verfehlten ... Steuerpolitik der rot-grünen Bundesregierung“*. So die Hessische Staatskanzlei. Aber: die CDU hat den Steuergeschenken für die Banken und Konzerne damals zugestimmt und verlangt noch höhere Gewinnsteuern.

... **Die Vermögenden**
1996 nahm Hessen noch 500 Millionen Euro Vermögenssteuer von den Villenbesitzern in Kronberg, Bad Soden, Wiesbaden und anderswo ein.
2002 waren es noch 40 Millionen €.

Das war das Ergebnis der Abschaffung der Vermögenssteuer durch Kohl.
CDU denkt nicht daran, die Vermögenssteuer wieder einzuführen, ebenso wenig wie die Spitzen von SPD und den Grünen.

... **Die Spitzenverdiener**
Auch die Senkung des Spitzensteuersatzes für Spitzenverdiener, z.B. die Vorstände von Opel, Deutsche Bank, Volkswagen usw. brachte Hessen hunderte Millionen € Steuereinnahme. Die CDU verlangt weitere massive Senkungen.

All das kostet Hessen seit 2001 mindestens zwei Milliarden € Steuereinnahme jährlich. Angeblich dient das der *„Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“*. Doch fest steht: Der Kontrast von Kapitalgesellschaften und Spitzenverdienern stieg und die Arbeitslosigkeit stieg auch.
Die Verschlebung von Geldern aus öffentlichen in private Kassen riss riesige Löcher in den Landeshaushalt. Die Löcher müssen gestopft werden. Aber wie?



Stéphane Hessel, Jg. 1917, † 2013, als Résistance-Kämpfer nach Buchenwald verschleppt, war später französischer Diplomat bei der UNO auf dem Gebiet der Menschenrechte.

Große Aufmerksamkeit erregte Hessel 93-jährig (!) mit seinem Essay *„Empört Euch!“*. Darin spricht er sich für die Wiederbelebung der Werte der Résistance aus: *„Das Grundmotiv der Résistance war die Empörung ... Die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft, die Intellektuellen, die ganze Gesellschaft dürfen sich nicht kleinmachen und kleinkriegen lassen von der internationalen Diktatur der Finanzmärkte, die es so weit gebracht hat, Frieden und Demokratie zu gefährden.“*

Jetzt endlich zusammen in einem Band:
Wirtschaftsmärchen. Hundertundeine Legende über Ökonomie, Arbeit und Soziales
– bestens geeignet für den (wirtschafts)politischen Unterricht

Kai Eicker-Wolf und Patrick Schreiber haben hier bisher einzeln veröffentlichten „Wirtschaftsmärchen“ in einem Band zusammengefasst, der im September 2023 im PapyRossa-Verlag erschienen ist (Paperback, 270 Seiten, € 19,90)



Lehrkräfte im Bereich Politik und Wirtschaft kennen die gängigen Narrative:

„Die Löhne sind zu hoch.“
„Wachstum kommt allen zugute.“
„Der Sozialstaat ist unbezahlbar.“
„Private Unternehmen sind effizienter als der Staat.“
„Hohe Steuern bremsen die Wirtschaft.“

Derlei Behauptungen machen Stimmung – für mehr Markt und weniger Politik, für mehr soziale Ungleichheit und weniger Umverteilung, für mehr Vereinzelung und weniger soziale Sicherheit. Sie sind Ausdruck eines neoliberalen Zeitgeists, der auf „unternehmerische Freiheit“, Konkurrenz, Privateigentum und „Eigenverantwortung“ setzt.

In diesem Buch nehmen Patrick Schreiber und Kai Eicker-Wolf 101

solcher Wirtschaftsmärchen unter die Lupe: Sie zeigen auf, weshalb diese falsch sind oder in die Irre führen; wem sie schaden und wem sie nutzen; welche Denkmuster und Annahmen hinter ihnen stehen.

Und sie veranschaulichen, wie gefährliche Feindbilder geschaffen werden: das vom teuren Hängemattenstaat etwa, von halstarrierten Gewerkschaften, von selbstherrlichen Politikerinnen, von faulen Armen oder von wirklichkeitsfremden Sozialromantikern. Jenseits des Geflückers streift dieses Buch für soziale und demokratische Rechte in einer solidarischen Gesellschaft.

Patrick Schreiber, Dr. phil., * 1978, ist Politikwissenschaftler. Er arbeitet als Gewerkschafter in Berlin und publiziert unter anderem zu wirtschafts- und verteilungspolitischen Themen sowie politischen Theorien.

Kai Eicker-Wolf, Dr. phil., * 1965, ist Ökonom. Er arbeitet als Gewerkschafter in Frankfurt am Main und publiziert unter anderem zu wirtschafts-, finanz- und bildungspolitischen Themen.

Zeitliche Unvereinbarkeit von Arbeit, Haushalt und Familie, geschweige denn Freizeit und politischem Engagement

Im Rahmen des Internationalen Frauentags 2023 lud die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Hessen zur Lesung von Teresa Bückler aus ihrem aktuellen Buch „ALLE ZEIT“ zu den Themen Arbeitseitz, Sogearbeit und Ehrenamt ein.

Die Lesung knüpft an die Debatten der Online-Lesung der GEW Hessen zum Internationalen Frauentag 2022 mit Franziska Schutzbach aus: *„Die Erschöpfung der Frauen“* an. Die Lesung mit Teresa Bückler leistet einen wichtigen Beitrag zur GEW-Kampagne *„Zeit für mehr Zeit“*.

ziologin Frigga Haug: *„Jedem Erwachsenen sollen pro Tag je vier Stunden für Erwerbsarbeit, Sorgearbeit, Selbstfürsorge und gesellschaftspolitisches Engagement zur Verfügung stehen. (...)*

Die Bedeutung von Zeit als politischer und kultureller Größe zeigt Bückler auch für die Teilhabe am demokratischen Leben: *Drei Viertel derjenigen, die sich noch nie ehrenamtlich engagiert haben, nennen Zeitmangel als Grund dafür. (...)* Auch Engagement muss man sich leisten können. (...)

Alle diese Vorschläge sind zu bedenken, verbieten jedoch nicht nachzudenken (es ist ja das Buch einer Gesellschaftskritikerin, nicht ein Regierungsprogramm) in der Mannies-Sphäre.

Die Schlagkraft von *„Alle Zeit“* liegt in seiner Grundidee, die uns herausfordert, den zermürbenden, verbissenen Alltagslebens gesamtgesellschaftlich zu hinterfragen. Dass wir dies endlich tun, hat nicht nur Bücklers Buch, sondern haben wir alle uns verdient.

Zum Buch
Soziale Gerechtigkeit bedeutet gerechte Verteilung von Zeit. Zeit ist die zentrale Ressource unserer Gesellschaft. Doch sie steht nicht allen gleichermaßen zur Verfügung.
Teresa Bückler, eine der einflussreichsten Journalistinnen in Deutschland, macht konkrete Vorschläge, wie eine neue Zeitalter aussehen kann, die für mehr Gerechtigkeit, Lebensqualität und gesellschaftlichen Zusammenhalt sorgt.



Teresa Bückler: *Alle Zeit. Eine Frage von Macht und Freiheit – Wie eine radikal neue, sozial gerechtere Zeitalter aussehen kann* Ullstein, Berlin 2022, 400 Seiten, 22 Euro. (Foto: Ullstein/52)

Niklas Elsenbruch schrieb in der Süddeutschen Zeitung vom 20.10. 2022:

„Laut einer Studie des Deutschen Gewerkschaftsbundes von 2019 fühlen sich 53 Prozent der Arbeitnehmer häufig oder sehr häufig während der Arbeit unter Zeitdruck. (...) Die Eltern kleiner Kinder verrichten Erhebungen zufolge in der Woche mehr als 60 Stunden bezahlter und unbezahlter Arbeit.“ Und weiter:

„Das Kernproblem sei prinzipieller: die zeitliche Unvereinbarkeit von Arbeit, Haushalt und Familie, geschweige denn Freizeit und politischem Engagement.“

„Vier-in-einem-Perspektive“
Teresa Bückler orientiert sich an der *„Vier-in-einem-Perspektive“* der So-

Presseerklärungen der Initiative 9. November e.V. zu den antisemitischen/antizionistischen Schmierereien auf der Wand des Hochbunkers an der Friedberger Anlage

Am 2.11.2023:

Wir sind zutiefst betroffen von der antisemitischen Schmiererei an der Fassade des Hochbunkers am Ort der zerstörten Synagoge der Israelitischen Religionsgesellschaft, in dem wir, die Initiative 9. November Erinnerungsarbeit leisten.

Ein Mitglied unserer Initiative hat uns heute früh auf das unsäglich Graffiti hingewiesen. Der Vorfall ist der Polizei gemeldet und auch als Antisemitische Tat dem Rias. Im Laufe des Tages haben wir zahlreiche Anrufe erhalten und Unterstützung angeboten bekommen. Am

frühen Nachmittag kam ein Maler und hat die Wand gestrichen.

Dann am 6.11.:

Zum Gedenken an die Opfer des Massakers der Hamas am 7. 10. 2023 und als Reaktion auf den vergangenen Mittwoch auf die Bunkerwand gesprühten antisemitischen/antizionistischen Text, haben wir die Namen einiger Orte, in denen Hamas Menschen massakriert hat, auf die Bunkerwand geschrieben: Nir Oz, Be'er, Nahal Oz, Kfar Aza. Sie sollen als das absolut Böse in unsere Sprache Eingang finden, in eine Reihe mit Sabra und Shatila, Srebrenica und Butscha.

Renata Berlin,
Vorstand der Initiative
9. November e. V.



Der Hochbunker in der Friedberger Anlage – außen und innen (Bild unten)

Initiative 9. November stellt sich vor

Die Initiative 9. November e.V. wurde 1988 gegründet als Antwort auf die Fehlentscheidung der Stadt Frankfurt, an dem Plan zum Bau eines neuen Gebäudes für die Stadtwerte am Börneplatz festzuhalten, obwohl bei den Vorbereitungen dazu Überreste des Jüdischen Ghettos zutage gefördert wurden. Diese Überreste wurden trotz der Proteste zugemauert.

- Ostend – Blick in ein jüdisches Viertel
- Displaced Persons – Vom DP Lager Föhrenwald nach Frankfurt am Main
- Musik als Form geistigen Widerstandes – Jüdische Musikerinnen und Musiker 1933–1945. Das Beispiel Frankfurt am Main.
- Jüdisches Leben in Deutschland heute, eine Foto Ausstellung

Skriebeleit über die Arbeit der KZ Gedenkstätte Flossenbürg berichtet. Als nächstes folgt am 4. 12. 23 Andrea Riedel zur Arbeit der „Topographie des Terrors“ in Berlin. Anfang 2024 folgen weitere Veranstaltungen zur Gedenkstätte am ehemaligen KZ Osthofen, zum Reichsparteitag in Nürnberg und zu den KZ-Gedenkstätten Katzbach und Buchenwald.



Seit Anfang der 2000er Jahre hat die Initiative 9. November e.V. ihren Sitz in dem Hochbunker an der Friedberger Anlage, der auf den Grundmauern der von Nationalsozialisten im Novembergrom zerstörten Synagoge der Israelitischen Religionsgesellschaft gebaut ist. Dieser Ort ist ein besonderer: Er vereint in sich das Zerstörte – die zerstörte Synagoge – und das Zerstörte – den von den Nazis durch französische Zwangsarbeiter gebauten Bunker. Als Zeitzeuge einerseits der zerstörten jüdischen Kultur und andererseits des mörderischen Dritten Reichs ist er in seinem Doppelcharakter einmalig in Frankfurt.

Unser Ziel ist die Erinnerung an die durch die Nazis ermordeten Juden sowie andere verfolgte Gruppen wach zu halten und dabei gleichzeitig dafür zu sorgen, dass der Hass auf die „Anderen“ sich heute und in Zukunft nicht wiederholt.

Dieser Aufgabe kommen wir auf zwei Wegen nach: Zum einen haben wir sechs Ausstellungen aufgebaut, die besucht werden können:

- Zerstörte Synagogen in Deutschland – virtuelle Rekonstruktion
- Jüdische Exilrisikultur im 20. Jahrhundert (diese Ausstellung schließt zum Ende dieses Jahres)
- In Planung ist die Ausstellung „Eintige waren Nachbarn“ vom United States Holocaust Museum.

Zum anderen organisieren wir im Zusammenhang damit auch Veranstaltungen, wie z.B. im Herbst 2021 ein Konzert zu Ehren zweier von den Nazis verfolgter Frankfurter Musiker – Frida und Erich Iror Kahn – oder Ende 2022 eine Musiklesung „Im Auschwitz gab es keine Vögel“ mit Monika Held und Gregor Praml. Am 20. September dieses Jahres haben wir eine Feier zur Rückkehr des Heine-Denkmal an die Friedberger Anlage gegenüber dem Bunker ausgerichtet. Aktuell sind wir mitten in einer Reihe über die Gedenkstätten „Orte der Verstärkung – Orte der Erinnerung“. Am 16. 10. 23 hat Thomas Lutz einen Überblick über die Arbeit der Gedenkstätten seit den 80er Jahren gegeben, am 13. 11. 23 hat Jörg



Trauer um Gabriele Kögel-Sell

Am 7. 7. 2023 verstarb Gabriele (Kabi) Kögel-Sell nach kurzer Schwerkrantheit im Alter von 76 Jahren.

Nach Studium und Referendariat unterrichtete sie als Grundschullehrerin an der Holzhausenschule in Frankfurt. Dort hat sie mehrere Jahrgänge als Klassenlehrerin begleitet und besonders auch im deutsch-griechischen, bilingualen Unterricht gearbeitet.

Gleichzeitig mit ihrem Eintritt in die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft eingetreten. Sie arbeitete in der Fachgruppe Grundschulen und später im Bezirksvorstand Frankfurt mit. 1988 wurde sie für die GEW in den Gesamtpersonalrat gewählt, von 1992 bis 2000 war sie Vorsitzende dieses Gremiums. In dieser Zeit verschlechterten sich die Arbeitsbedingungen an den Schulen vor allem durch zahlreiche arbeitsverlängernde Maßnahmen der rot-grünen Landesregierung.

Mit großem Einsatz und aller Entschiedenheit setzte sich Gabi mit ihren Kolleginnen im Gesamtpersonalrat wie auch im Frankfurter Bezirksverband gegen die unsägliche Politik der Landesregierung, für die Interessen der Kolleginnen an den Schulen ein.

Die in dieser Funktion gesammelten Erfahrungen waren eine wichtige Voraussetzung für ihren weiteren beruflichen Weg als Schulleiterin der Willemerschule in Frankfurt. Dieses Amt hat sie bis zu ihrer Pensionierung mit großem Engagement und Geschick im Umgang mit allen möglichen verschiedenen Verhandlungspartnern und Interessengruppen ausgefüllt.

Neben ihrer beruflichen Tätigkeit war Gabi lange Jahre gewerkschaftliche Vertreterin in der Hessischen Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien (LPR).

Alle, die mit ihr zusammengearbeitet haben, werden Gabi als courageierte Kollegin, die sich entschieden für die Interessen der Lehrkräfte aber auch der SchülerInnen, insbesondere in der Grundschule, eingesetzt hat, in Erinnerung behalten.

Heidi Bachmayer, Christoph Baumann

mit ihren Klassen und Kursen, auch Grundschulklassen.

Der Kontakt kam allerdings bisher immer dadurch zustande, dass die jeweiligen Lehrkräfte uns gekannt haben oder auf aktuelle Presse-Veröffentlichungen reagiert haben. Wir laden Euch – GEW-Mitglieder – zu uns mit Euren Klassen/Kursen in unsere Ausstellungen zu kommen. Für einige Ausstellungen bieten wir Unterrichtsmaterial an. Kontaktiert uns bitte, dann können wir gemeinsam überlegen, was für Eure SchülerInnen und Schüler am besten passt.

Wir würden uns sehr freuen, wenn wir mit unseren Ausstellungen dazu beitragen könnten, dass Frankfurter SchülerInnen und Schüler auch durch Erinnerungsbilder darin unterstützt werden, eine klare Hal-

tung gegen Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu entwickeln.

Renata Berlin
<https://initiative-neuener-november.de>

Personalratswahlen
14./15. Mai 2024

Beamtensolidaritätsaktion zur Tarifauseinandersetzung TVH
Anfang März 2024



Mitreisende Einlagen am Klavier von Florian Brauer aus Kassel auf der Jubiläersfeier des GEW-Betriebsverbands Frankfurt am 23. 6. 2023 in DGB-Haus.